



Leipziger Parteitag

- Parteitag nimmt Druck vom Kessel *Seite 2*
- DIE LINKE hat Rückenwind *Seite 3*
- Wahlergebnisse *Seite 3*



DIE LINKE in Oder-Spree

- Land-Grabbing im Seenland Oder-Spree *Seite 8*
- Mobilität: Sozial. Ökologisch. Für alle. *Seite 8*



DIE LINKE im Landtag

- Spitzenspitzel vor Brandenburger NSU-Untersuchungsausschuss *Seite 13*
- Straßenausbau-Beiträge mindern *Seite 14*

Die GefAS in Erkner vor dem Aus?

Eigentum verpflichtet! Das gilt auch für den Staatsbetrieb Deutsche Bahn.

Die „Gesellschaft für Arbeit und Soziales“ (GefAS) e.V. ist im Fichtenauer Weg 53, 15537 Erkner, an der Bahnhofssiedlung beheimatet. Das Gelände hatte die Deutschen Bahn der GefAS vor Jahren zu sehr günstigen Konditionen überlassen.

Wenn Sie die GefAS und ihre Arbeit bisher nicht kennen, schätzen Sie sich glücklich: Sie waren dann noch nicht auf die Vielzahl von Hilfsangeboten der GefAS in Erkner, Fürstenwalde, Beeskow und Storkow angewiesen.

Seit mehr als zehn Jahren hilft diese Organisation tatkräftig, soziale Ausgrenzung einzudämmen oder gar zu vermeiden. Legendär sind die „Tafel“, der „Seniorenmit-

tagstisch“ und die „Schuldnerberatung“ als nur ein kleiner Ausschnitt aus den Aufgaben der „Gesellschaft“.

Die Deutsche Bahn hat nun den Verkauf der Liegenschaft zum Höchstgebot ausgeschrieben. Mit einem meistbietenden Verkauf an einen beliebigen Investor ist die gemeinwohlorientierte Arbeit der Gesellschaft für Arbeit und Soziales (GefAS) e.V. im Landkreis Oder-Spree und der Region Erkner in höchster Gefahr. Es ist das gute Recht eines Investors, das Grundstück bestmöglich zu verwerten. Da wird die GefAS finanziell nicht mithalten können.



Gesellschaft für Arbeit und Soziales e.V.

Die vielfältige und alternativlose Arbeit der GefAS e.V., gerade für die Menschen, die von Armut und Langzeitarbeitslosigkeit massiv betroffen und von der Gesellschaft abgehängt sind, muss jetzt die Unterstützung der Bürger Erkners finden. In einer Reihe von Aktionen und Petitionen müssen wir uns gegen einen Verkauf des Geländes zum Höchstpreis wenden; ein Verkauf, der das Gemeinwohl, die Interessen der Region und eine soziale Zweckbindung gänzlich außer Acht lässt.

Eigentum verpflichtet! Das gilt auch für den Staatsbetrieb Deutsche Bahn.

Bitte unterstützen Sie die vielfältigen, parteiübergreifenden Initiativen zum Erhalt der GefAS in Erkner und im Landkreis Oder-Spree. Weitere Nachrichten auf Seite 5.



Am 11. Bundestafeltag am 16. September 2017 wurde in Erkner den Bürgerinnen und Bürgern Einblick in die umfassende Sozialarbeit der GefAS gegeben. Foto: GefAS e.V. Erkner



Michael-E. Voges
Vorsitzender
DIE LINKE Erkner,
Gosen-Neu Zittau

DIE LINKE – Leipziger Parteitag 2018

Die 1. Tagung des 6. Parteitages der Partei DIE LINKE fand vom 8. bis 10. Juni 2018 in Leipzig statt. Der Parteitag beriet über die Kampagnen der Partei gegen den Pflegenotstand und gegen die Wohnungsnot. Er diskutierte Fragen der Flüchtlingspolitik und wählte einen neuen Parteivorstand.

■ Parteitag nimmt Druck vom Kessel

Berührungängste der neuen mit den älteren LINKEN nicht zu erleben



von
Alexander Klotzovski,
Eisenhüttenstadt,



und
Fritz Viertel,
Schöneiche bei
Berlin,
Delegierte des Bundesparteitags des Kreisverbandes der Partei DIE LINKE Oder-Spree

Der erwartete „Showdown“ kam am Sonntagmittag gegen 12.30 Uhr. Nach der Rede der Bundestagsfraktionsvorsitzenden Sahra Wagenknecht und der emotionalen Wortmeldung der Berliner Sozialnatorin Elke Breitenbach beschloss der Parteitag mit 250 zu 249 Stimmen eine Änderung der Tagesordnung. Was nach den letzten beiden Wahlgängen zum Parteivorstand und einer 15-minütigen Pause folgte war eine „begrenzte Debatte“ zum Kurs der Partei in der Migrationspolitik und über die medial geführte Auseinandersetzung der letzten Monate. Rund ein Viertel der mehr als 100 Wortmeldungen passten in die vereinbarten 60 Minuten. Der Parteivorstand hatte wohl eine unkontrollierbare Redeschlacht befürchtet, als er versuchte, die Auseinandersetzung auf die Generaldebatte zum Leitantrag zu beschränken. Was folgte, nachdem die Parteitagsregie die Kontrolle verloren hatte, wirkte auf viele Teilnehmende jedoch eher wohltuend. Es musste Druck vom Kessel der gespannten Erwartung genommen werden. Was würde passieren, wenn der Parteitag frei und ungehemmt die strittigen Fragen diskutierte?

Wir erlebten 60 Minuten konzentrierter Aussprache. Die allermeisten Redner*innen äußerten sich ruhig, sachlich, konstruktiv. Sie machten inhaltlichen Dissens auf eine Weise deutlich, an der sich unsere Spitzenkräfte ein Beispiel nehmen können. Deren Agieren stand dann auch im Zentrum der Kritik. Sowohl Fraktions- als auch Parteivorsitzende bekamen dabei ihr Fett weg.

Mehr Einigkeit als Zwist

Im Ergebnis blieb der Eindruck: Die große Mehrheit der Delegierten war sich bewusst, dass Dietmar Bartschs Formel von den 95 Prozent an Gemeinsamkeiten, die uns einen, keine leeren Worte sind. Selbst in der Migrationspolitik konzentriert sich die sachliche Diskussion allein auf die Frage, ob und wie Arbeitsmigration zu begrenzen sei – wie es Sahra Wagenknecht auf den Punkt brachte. Für die große Mehrheit der Delegierten schien jedoch ebenso klar, dass es zum Selbstverständnis der LINKEN gehört, keinen Zweifel zuzulassen an der Forderung nach offenen Grenzen für Menschen in Not. Dass Abschiebungen und Suggestivverbindungen zwischen Terrorismus und Geflüchteten nicht zum Repertoire linker Politik gehören dürfen, wie Bernd Riexinger und Katja Kipping sowie der fast einstimmige Beschluss des Leitantrages deutlich machten. Und dass nur konsequenter Internationalismus und eine verbindende Klassenpolitik für alle Benachteiligten DIE LINKE stärker machen können – so Gregor Gysi und Bodo Ramelow. Schließlich bewirkte die vom Parteitag durchgesetzte Debatte einen gemeinsamen Vorschlag der Partei- und Fraktionsvorsitzenden: Zur Fortsetzung der inhaltlichen Klärung in der Migrationspolitik soll eine gemeinsame Klausur von Parteivorstand und Bundestagsfrakti-

on erfolgen. Zudem soll eine allen Parteimitgliedern offenstehende Fachkonferenz stattfinden. Alle Beteiligten haben sich auf eine sachliche Diskussion innerhalb der Partei und ihrer Gremien zu konzentrieren und eine Fortsetzung des Streits in der Presse zu unterlassen. Wie weit dieser Plan trägt, bleibt abzuwarten.

Parteientwicklung in vollem Gange

Nicht zu übersehen waren beim Parteitag auch die hoffnungsvollen Entwicklungen der vergangenen Monate. Die zunehmende, breite und bunte Verankerung unserer Partei in Westdeutschland war dort ebenso sichtbar wie viele junge Gesichter, die erstmals die politische Bühne betraten. Wir haben kaum Berührungängste dieser „neuen“ mit der „älteren“ LINKEN erlebt, im Gegenteil. Die neuen Mitglieder hinterfragen hergebrachte Strukturen, ohne alles umstürzen zu wollen. Das knappe Ergebnis bei der Wahl des Bundesgeschäftsführers scheint uns ein Ausdruck davon zu sein. Sie fordern selbstbewusst das Aufgreifen „neuer“ Themen (Digitalisierung, Grundeinkommen, Mobilität, Europa) ein, ohne die „alten“ Fragen (Frieden, Arbeit, Hartz IV, Rente) fallen zu lassen. Dass der Antrag des „Forum demokratischer Sozialismus“ (bundesweiter Zusammenschluss in der Partei DIE LINKE, Redaktion) für eine Diskussion über die Weiterentwicklung des Parteiprogramms und der Parteistrukturen mit knapper Mehrheit von der Tagesordnung genommen wurde, war deshalb schade. Wir würden begrüßen, wenn diese Initiative strömungsübergreifend wieder aufgegriffen würde. Denn wir sind uns sicher: Wenn uns eine verbindende Klassenpolitik zwischen der „neuen“ und der „traditionellen“ Linken tatsächlich gelingt, können wir als LINKE noch sehr viel stärker werden!



v.l.: Thomas Nord, Karl I. aus der Kumquats Familie, Janine Wissler (Hessen)
Foto: Jakob Huber

■ DIE LINKE hat Rückenwind

Parteichef Bernd Riexinger über den Leipziger Parteitag, sein Ideal einer sozialistischen Mitgliederpartei und wie DIE LINKE in die Offensive kommt

Herzlichen Glückwunsch, du bist beim Leipziger Parteitag erneut zum Vorsitzenden von DIE LINKE gewählt worden. Was war für dich das Besondere dieser dreitägigen Zusammenkunft?

Bernd Riexinger: Trotz des Trubels bin ich mit dem Parteitag sehr zufrieden. Ich bin stolz darauf, wie viele Genossinnen und Genossen ans Mikrofon gegangen sind und tolle Reden gehalten haben. Man hat von Anfang an gespürt, dass DIE LINKE jünger geworden ist. Mit dieser Dynamik kann keine andere Partei konkurrieren. Es war spürbar, dass DIE LINKE im Aufbruch ist.

Welche Beschlüsse, die die Delegierten getroffen haben, liegen dir speziell am Herzen?

Alle Beschlüsse sind wichtig, aber besonders am Herzen liegt mir der Leitantrag, der mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde. Er hat zu einer inhaltlichen Klarstellung geführt, indem er die bisherige Flüchtlingspolitik bestärkt hat. Der Antrag definiert uns als die linke Opposition und macht klar, dass wir uns nicht damit abfinden, dass es keine linken Mehrheiten im Parlament gibt. Wir wollen und werden außerparlamentarische Bündnisse schließen mit Gewerkschaften und Sozialverbänden, auch mit linken Mitgliedern von SPD und Grünen. Gemeinsam werden wir Druck machen gegen die Politik der Großen Koalition: im Kampf für gute Arbeit und gute Löhne, gegen die Personalnot in Krankenhäusern und Pflegeheimen und für bezahlbaren Wohnraum. Um die Resignation vieler Menschen zu überwinden, müssen wir außerparlamentarische Kämpfe führen und gewinnen. Das kann beflügeln.

Du hast auf dem Parteitag gesagt, für dein Ideal einer sozialistischen Mitgliederpartei wirst du kämpfen wie ein Löwe. Ist DIE LINKE in dieser Hinsicht auf einem guten Weg?

Ja, die Delegierten waren in ihrer Gesamtheit viel bunter, selbstbewusster und offensiver, als von den Medien oft behauptet wird. Zum Schluss haben sich die Delegierten

den Parteitag angeeignet: Sie haben deutlich gemacht, dass sie die Lösung der inhaltlichen Konflikte nicht einfach an die Führung delegieren, sondern selber mitreden und entscheiden. Wir sind auf einem sehr guten Weg.

Welcher Moment des Parteitags hat dich am meisten bewegt?

Die von den Delegierten eingeforderte Debatte am Ende des Parteitags. Letztlich haben sie erreicht, dass die Spitzen von Partei und Fraktion gemeinsam einen Verfahrensvorschlag für die weitere Diskussion unterbreiten mussten. Und sie haben deutlich gemacht, dass sich alle Führungskräfte an die demokratische Beschlüsse der Partei zu halten haben.

In der Außenwahrnehmung überwog der Streit um die Flüchtlingspolitik. Wie geht es diesbezüglich weiter?

Die Delegierten haben sich inhaltlich positioniert und gleichzeitig deutlich gemacht, dass inhaltliche Debatten in den dafür vorgesehen Gremien der Partei geführt werden müssen, gemeinsam mit den Mitgliedern. Genauso stelle ich mir DIE LINKE vor.

Was sind nun die wichtigsten Aufgaben für DIE LINKE?

Wir setzen mit Macht unsere Kampagne gegen den Personalnotstand in Gesundheit und Pflege fort. Wir werden den Kampf gegen prekäre Arbeit zum Dauerthema machen und uns einsetzen für gute Arbeit und gute Löhne. Auch bei der zentralen sozialen Frage der Gegenwart, der Forderung nach bezahlbarem Wohnraum, gehen wir in die Offensive. Mit Rückenwind werden wir klare Alternativen zur Politik der Großen Koalition aufzeigen.

Bernd Riexinger ist Vorsitzender der Partei DIE LINKE. Die Fragen stellte Ruben Lehnert.

Beschlüsse und Resolutionen

- DIE LINKE - Partei in Bewegung
- Abrüsten! - Deeskalation ist das Gebot der Stunde
- Völkerrecht einhalten - Atomabkommen mit dem Iran beibehalten
- Solidarität mit Venezuela
- Solidarität mit den Beschäftigten der Leipziger Gießerei „Halberg Guss“
- Gegen Rassismus und rechte Hetze - unsere Alternative heißt soziale Gerechtigkeit!
- Für ein Recht auf gute Arbeit und gutes Leben
- Für ein Leben in Würde - jenseits von Selektion, Menschenverachtung und Rassismus
- Änderung der Bundessatzung
- Änderung der Schiedsordnung
- Neugestaltung der Beitragstabelle

Quelle: www.die-linke.de/partei/parteistruktur/parteitag/leipziger-parteitag-2018/

Wahl des Parteivorstandes

Parteivorsitzende

- **Katja Kipping** - 64,5 Prozent
- **Bernd Riexinger** - 73,8 Prozent

stellvertretende Parteivorsitzende

- **Ali Al-Dailami** - 67,3 Prozent
- **Simone Oldenburg** - 65 Prozent
- **Tobias Pflüger** - 56,1 Prozent
- **Martina Renner** - 67 Prozent
- **Axel Troost** - 69,5 Prozent
- **Janine Wissler** - 81,5 Prozent

Bundesgeschäftsführer

- **Jörg Schindler** - 48,4 Prozent

Bundesschatzmeister

- **Harald Wolf** - 73,2 Prozent

Mitglieder des Parteivorstandes

Von den weiteren 34 Mitgliedern des Parteivorstandes führen wir die Vertreter aus dem Brandenburger Landesverband an:

- Tobias Bank** - 37,3 Prozent
- Thomas Nord** - 34,7 Prozent
- Daniela Trochowski** - 51,7 Prozent

Quelle: www.die-linke.de/partei/parteistruktur/parteitag/leipziger-parteitag-2018/



Der neu gewählte Vorstand der Partei DIE LINKE

Foto: Jakob Huber

von
Dr. Artur Pech,
Schöneiche,
Mitglied des Präsi-
diums des Bundes-
ausschusses der
Partei DIE LINKE

Nationalismus, Internationalismus und offene Grenzen

Es geht nicht um Flucht und die unstrittige Solidarität mit Geflüchteten – Gedanken nach dem Leipziger Parteitag

Es gibt vielfältige Grenzen. Hier geht die Rede vom Staat und seinen Grenzen. Und da gilt: Ohne Territorium („Hoheitsgebiet“), Bevölkerung („Staatsvolk“) und Staatsgewalt („Militär, Polizei, Justiz“) gibt es keinen Staat. Alle diese drei Elemente sind nun aber untrennbar mit den Staatsgrenzen verbunden. Das Hoheitsgebiet ist allseitig von Staatsgrenzen umschlossen. Die Bevölkerung wird nicht mehr durch Blutsbande, sondern nach dem Territorium eingeteilt und die Ausübung legitimer Staatsgewalt endet bis auf Ausnahmen an den Grenzen des Staates.

Die vollständige Öffnung der Staatsgrenzen liefe also auf die Abschaffung des Staates hinaus. Wohl gemerkt: nicht nur des Nationalstaates, sondern des Staates überhaupt und auch staatsähnlicher Konstrukte wie der Europäischen Union oder „multiethnischer“ (Vielvölker-)Staaten.

Und wer Einschränkungen vornimmt, indem er mit offenen Grenzen „nur“ die Forderung nach einem speziellen Grenzregime beschrieben sehen will, der muss konkreter werden. Wofür sollen

Staatsgrenzen offen sein und wofür nicht, was soll an den Staatsgrenzen enden und was nicht? Wer sich diesen Fragen stellt, wird dann auch zu sagen haben, wie die Durchsetzung einer solchen Ordnung aussehen soll.

Die Frage der offenen Grenzen und des Grenzregimes lässt sich durch Moralisieren nicht erledigen. Und es führt in die Irre, die Forderung nach der Berücksichtigung objektiver Faktoren bei der Bestimmung der Position zu „offenen Grenzen“ als nationalistisch darzustellen. Häufig wird auch hier „nur eine Haltung beschrieben und eingefordert. Die Probleme, die die Wirklichkeit hervorbringt, werden eher ignoriert.“ (Nils Heisterhagen, Die Zeit der Illusionen ist vorbei, FAZ, 18. 6. 2018, S. 14)

Nur bei oberflächlicher Betrachtung können offene Grenzen als Ausdruck einer internationalistischen Position missverstanden werden.

„Diese Denkweise erscheint uns auf den ersten Blick deswegen äußerst plausibel, weil sie diejenige des sogenannten gesunden Menschenverstandes ist. Allein der gesunde Menschenverstand, ein so respektable Geselle er auch in dem hausbackenen Gebiet seiner vier Wände ist, erlebt ganz wunderbare Abenteuer, sobald er sich in die weite Welt der Forschung wagt; und die metaphysische Anschauungsweise, auf so weiten, je nach der Natur des Gegenstandes ausgedehnten Gebieten sie auch berechtigt und sogar notwendig ist, stößt doch jedesmal früher oder später auf eine Schranke, jenseits welcher sie einseitig, borniert, abstrakt wird und sich in unlösliche Widersprüche verirrt, weil sie über den einzelnen Dingen deren Zusammenhang, über ihrem Sein ihr Werden und Vergehen, über ihrer Ruhe ihre Bewegung vergißt, weil sie vor lauter Bäumen den Wald nicht sieht.“ (Marx-Engels-Werke, Bd. 20, S. 21)

Tatsächlich waren (und sind) Grenzöffnungen unter Missachtung der objektiv wirkenden konkret-historischen Gegebenheiten auch Förderprogramme für den Nationalismus.

Gregor Gysi suchte in seiner Rede auf dem Leipziger Parteitag eine Antwort auf die soziale Frage als Menschheitsfrage. Er kam dabei zu der Forderung „Unser Kampf muss sich nicht darauf richten, Niedriglohnkonkurrenz durch Begrenzung von Arbeitsmigration auszuschließen, sondern darauf, die Löhne für alle zu erhöhen.“

Was aber tun, wenn Arbeitsmigration – so wie von Herrn Minister Spahn favorisiert – in der Pflege genau als Mittel zu diesem Zweck praktiziert und gefördert wird? Und können wir uns wirklich über den billigen „deutschen“ Spargel, die billigen „deutschen“ Erdbeeren freuen, die zu miesen Löhnen von Arbeitskräften aus Rumänien geerntet auf unsere Tische kommen (Kipping, http://www.deutschlandfunk.de/die-linke-vor-dem-par-teitag-kipping-plaedierte-fuer.694.de.html?dram:article_id=419872) und darüber hinaus einfach zur Kenntnis nehmen, dass – wenn dieses Modell nicht mehr funktionieren sollte – die Arbeitskräfte dann eben aus der Ukraine kommen werden? (FAZ, 12. 6. 2018, S. 20) Wenn der Ansatz von Gregor Gysi als Forderung nach gleichem Lohn für gleiche („gleichwertige?“) Arbeit verstanden werden soll, dann kommt eine weitere, in der gegenwärtigen Diskussion ausgeblendete Frage auf den Tisch: Die Frage nach dem Wert der Ware Arbeitskraft. Der unterscheidet sich schon innerhalb der Europäischen Union erheblich. Diese Unterschiede stimulieren Migration und sind eine bedeutsame Quelle von (Extra-) Profit, wenn über den Zustrom von Arbeitskräften die entsprechenden Reproduktionskosten im „eigenen“ Land eingespart werden. Das geht dann freilich auf Kosten der Volkswirtschaften der Länder, aus denen diese Arbeitskräfte kommen.

Und wem das alles zu abstrakt, zu theoretisch ist, dem können vielleicht ein Beispiel und ein Zahlenvergleich helfen:

Das Beispiel

1972 führten die DDR und die Volksrepublik Polen den visafreien Reiseverkehr ein – öffneten also in

Informationen zum Leipziger Parteitag 2018 der Partei DIE LINKE

■ Parteitagshft des DISPUT

Das Hft wird ab 22. Juni 2018 ausgeliefert. Abonnenten erhalten das Parteitagshft automatisch zugesandt. Es kann um Stückpreis von 2 Euro gegen Rechnung bestellt werden:

- Redaktion DISPUT, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, Telefon: (030) 24 00 95 10, E-Mail: disput@die-linke.de
- Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE Oder-Spree, Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde, Telefon: (033 61) 3 30 69, E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de

- alle Informationen im Internet (Reden und Grussworte, Wahl des Parteivorstandes - Ergebnisse, Beschlüsse und Resolutionen, Berichte an den Parteitag, Beschlüsse des Frauenplenums an den Leipziger Parteitag, wichtige Internet-Links - Geschäftsordnung, Gremien, Berichte an den Parteitag, Fotos vom Parteitag auf Flickr, der Livestream auf Youtube): www.die-linke.de/partei/parteistruktur/parteitag/leipziger-parteeitag-2018/

diesem Sinne ihre Grenze füreinander. Bei dieser Entscheidung blieben jedoch die unterschiedlichen Versorgungsverhältnisse und Preisstrukturen der Konsumgüter unberücksichtigt. Zur Abwehr der so stimulierten Einkaufsströme erging dann die Weisung an die Verkaufskräfte, nur „handelsübliche“ Mengen zu verkaufen.

Das musste zu Reaktionen führen: Bei denen, die die gewünschten Waren nicht erhielten, wie auch bei denen, die zusehen mussten, wie die letzten Würste vor ihnen über den Ladentisch gingen.

Wer nun meint, die Versorgung sei doch heute kein Problem mehr, der ersetze Wurst durch Wohnung und öffne die Augen für die im Herzen Berlins unter freiem Himmel kampierenden Menschen aus Osteuropa. Da wurden und werden reale Probleme sichtbar. Versuche,

sie den Menschen auszureden, sind zum Scheitern verurteilt.

Der Vergleich

Nach den Angaben des Weltwährungsfonds betrug weltweit das kaufkraftbereinigte durchschnittliche Bruttoinlandsprodukt pro Kopf 2017 **16872 \$**.

In der Bundesrepublik Deutschland war das Bruttoinlandsprodukt 50425 \$ pro Kopf hoch. Und in den vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge für 2017 ausgewiesenen fünf Hauptherkunftsländern der Antragsteller waren zwei (Afghanistan und Eritrea) mit einem BIP unter 2000 \$ – also unter vier Prozent des deutschen Wertes.

An diesen Verhältnissen wird sich durch eine wie auch immer geartete Migrationspolitik nichts ändern. Soweit sie auf Abwerbung hinausläuft, wird sie den Abstand

letztlich nicht verkleinern, sondern vergrößern.

Vom schwedischen Schriftsteller Henning Mankell wird berichtet, „*dass in der englischen Stadt Manchester mehr Ärzte aus Malawi arbeiten als in Malawi selbst. Und überall in Europa würden Krankenschwestern aus Afrika beschäftigt, die in ihrer Heimat fehlten. Früher hätten sich die Europäer in Afrika das Gold geholt, heute seien es die Krankenschwestern. Sein Fazit: ‚Wir sind immer noch Räuber.‘*“ (www.ksta.de/-wir-sind-immer-noch-raeuber-13090238)

Internationalismus geht anders.

Ich hoffe auf Erkenntnisgewinn mit der während des Parteitagges angekündigten Fachkonferenz und seine politische Umsetzung in der gemeinsamen Klausur von Parteivorstand und Bundestagsfraktion.

NACHRICHTEN

zu Seite 1: „Die GefAS in Erkner vor dem Aus?“

■ Flugblatt der GefAS zur Information der Bürger Erkners

Hilferuf der GefAS!

Erkner, im Juni 2018

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger der Stadt Erkner,

die Deutsche Bahn (DB) veräußert die Immobilie Fichtenauer Weg 53 meistbietend. Vielfältige Anträge und Aktivitäten der GefAS, das Grundstück zu einem angemessenen, sozialen Preis zu erwerben, stoßen auf taube Ohren des Bahnvorstandes:

Dr. Richard Lutz, Potsdamer Platz 2, 10785 Berlin.

Die selbstlose, soziale Tätigkeit des Vereins für tausende Bürger und Bürgerinnen und die etwa 500000 Euro Investitionen in Ausstattung bzw. Sanierung der Gebäude finden beim Staatsunternehmen DB keine Berücksichtigung. Da hört das

grundgesetzlich garantierte Sozialstaatsprinzip auf.

Am **3. Juli 2018** wollen Investoren ab **10 Uhr** die Liegenschaft besichtigen. Wir werden zu diesem Zeitpunkt protestieren und **auf beziehungsweise vor dem Gelände für den Erhalt der GefAS in Erkner demonstrieren.**

Bitte unterstützen Sie uns durch Ihre Teilnahme am Protest!

Beste Grüße
Siegfried Unger
Vorstand der GefAS
www.gefas-ev.de

■ Dringlichkeitsantrag zur Sitzung des Kreistag Oder-Spree am 20. Juni 2018

Entschließung des Kreistages Oder-Spree

Der Kreistag hat zur Kenntnis genommen, dass die Existenz der GefAS Erkner durch Verkaufsabsichten der Deutschen Bahn als Eigentümerin der von der GefAS genutzten Immobilie gefährdet ist.

Die GefAS leistet in Erkner und darüber hinaus wertvolle soziale Arbeit zur Unterstützung vieler Bedürftiger, führt Beratungen durch, betreibt Tafeln und betreut im Landkreis untergebrachte Geflüchtete.

Der Kreistag fordert die Deutsche Bahn als Unternehmen im Besitz des Bundes auf, ihrer sozialen Verantwortung gerecht zu werden und die notwendigen Schritte einzuleiten, damit die Existenz der GefAS an ihrem

Standort in Erkner gesichert bleibt.

Der Kreistag beauftragt den Landrat, diese Entschließung dem Vorstand der Deutschen Bahn und dem Bundesminister für Verkehr zuzuleiten.

■ Solidarität mit der GefAS auch aus Woltersdorf und von Sozialministertin Golze

Am Dienstag, 12. Juni 2019 gab es im Rathaus Woltersdorf im Rahmen der Brandenburger Seniorenwoche eine Veranstaltung zum Thema „Armut und Wohnen im Alter“. Sozialministerin

Diana Golze (DIE LINKE) nahm daran teil. Sie gab den Anwesenden bekannt, dass sie im Anschluss an die Woltersdorfer Veranstaltung zum Sachverhalt GefAS in Erkner ein Gespräch

mit Siegfried Unger, Vorstand der GefAS, verabredet habe.

Anwesend war auch die Vorsitzende des Seniorenbeirates Erkner Hannelore Buhl. Sie bat um Unterschriften zum „Hilfe-

ruf der GefAS“, dem spontan viele Versammlungsteilnehmer folgten.

Peter Hochmuth, Woltersdorf

Aus den Basisorganisationen der LINKEN

2019 ist in Brandenburg Landtagswahl

■ Erkner

Einstimmige Unterstützung für Franziska Schneider



von
Ursula Paape,
Vorsitzende
DIE LINKE Erkner

Auf unserer Mitgliederversammlung am 29. Mai hat unsere Genossin Franziska Schneider ihre Absicht erklärt, sich für die Brandenburger Landtagswahl 2019 als Direktkandidatin im Landtagswahlkreis 31 bewerben zu wollen (Gemeinden Hoppegarten und Neuenhagen in MOL sowie Stadt Erkner und Gemeinden Schöneiche und Woltersdorf in LOS).



Dr. Volkmar Schöneburg (Mitglied des Landtages), Ursula Paape und Michael Voges (Vorsitzende DIE LINKE Erkner, Gosen-Neu Zittau), Franziska Schneider, Thomas Nord (Mitglied des Bundestages), Dr. Elvira Strauß (Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Erkner) – v.l. Foto: DIE LINKE Erkner

„In meiner beruflichen Laufbahn konnte ich bereits in die Arbeit der Legislative und der Exekutive auf Landesebene Einblick nehmen. Ich bin in Erkner aufgewachsen und kenne die Probleme der Region. Um mich für die Belange im Wahlkreis und soziale Gerechtigkeit stark zu machen, benötige ich Euer Vertrauen. Ich will mit Euch zusammen Politik machen und gemeinsam an Ideen und Lösungsmöglichkeiten arbeiten“, betonte Franziska bei ihrer Rede.

Sie ist Medien- und Kommunikationswissenschaftlerin, seit über 10 Jahren in der Landesarbeitsgemeinschaft „Rote Reporter“ aktiv und Mitglied unseres Ortsvorstandes. Seit 2014 arbeitet sie für die Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg als Referentin für Medienpolitik und als Wahlkreismitarbeiterin von Dr. Volkmar Schöneburg, der bei der MV zu Gast war und sich für sie aussprach: „Ich arbeite seit über sechs Jahren mit Franziska zusammen. Sie zeichnet sich durch ihre klare politische Haltung, durch Beharrlichkeit bei

der Lösung von Problemen und der Realisierung von Projekten sowie theoretisch fundiertes Wissen aus. Insofern ist sie als Ur-Erkneranerin eine ideale Kandidatin.“

Auch Thomas Nord, Mitglied des Bundestages, war bei unserer Mitgliederversammlung und hat dabei seine Unterstützung für Franziska erklärt: „Die Zukunft der Brandenburger LINKEN ist weiblich. Auch deswegen freut es mich ganz besonders, dass Franziska heute ihre Absicht erklärt hat, als Direktkandidatin für die Landtagswahl zur Verfügung zu stehen. Ich kenne Franzi seit vielen Jahren. Sie ist jung, dynamisch und engagiert, ist hier im Wahlkreis aufgewachsen und eng mit der Region verbunden. Mit ihr als Kandidatin hat DIE LINKE die Chance, das Direktmandat zu holen“, sagte Thomas Nord in seiner Rede.

Am Ende der Mitgliederversammlung lautete der einstimmige Beschluss: „DIE LINKE Erkner unterstützt die Kandidatur von Franziska Schneider für die Landtagswahl 2019.“

■ Schöneiche

Ortsvorstand Schöneiche nominiert Fritz Viertel für Landtagskandidatur

Der Vorstand des Ortsverbandes DIE LINKE Schöneiche bei Berlin beriet am 18. Juni 2018 gemeinsam mit Mitgliedern der Linksfraktion in der Schöneicher Gemeindevertretung sowie weiteren Genossinnen und Genossen aus dem Ortsverband. Es wurde einstimmig entschieden, Fritz Viertel als Bewerber um die Direktkandidatur im Landtagswahlkreis 31 (Hoppegarten, Neuenhagen, Woltersdorf, Erkner, Schöneiche) zu nominieren. „Fritz ist seit 2012 Vorsitzender



unseres Ortsverbandes und weitaus länger bereits kommunalpolitisch in Schöneiche und der Umgebung engagiert“, erklärte dazu die stell-

vertretende Ortsvorsitzende Maud Wiegand-Kaufmann. „Er verbindet seine Bewerbung mit dem Angebot, sich im Landtag besonders für die Themen bezahlbares Wohnen, sozial-ökologische Mobilität, Kommunalpolitik und für die Zusammenarbeit mit Berlin einsetzen zu wollen.“

Eine persönliche und politische Vorstellung von Fritz Viertel ist unter www.linke-schoeneiche.de abrufbar.

Quelle:
Vorstand
DIE LINKE Schöneiche bei Berlin,
Foto: privat

■ Bad Saarow

Für friedliche Diskussion in der Gesellschaft

Bürgerinnen und Bürger aus Bad Saarow und Umgebung standen gegen die AfD

Am Dienstag, dem 19. Juni 2018 folgten trotz der Fußball-WM etwas über 30 Bad Saarower Bürgerinnen und Bürger sowie Genossinnen und Genossen des Kreisverbandes dem Aufruf unseres lokalen Gemeindevertreters Axel Hylla zu einer Kundgebung anlässlich einer erneuten AfD-Kreisveranstaltung in dem Kurort. In seiner Rede schlug Axel Hylla den Bogen vom menschenfeindlichen Politikangebot der AfD in Bezug auf den Umgang mit Schutzsuchenden hin zu den Gefahren dieser Politik für die in langen Kämpfen errungenen Freiheiten unser aller. Teile der Bevölkerung haben sich dazu entschieden, ihre inneren Gewissenskonflikte durch das Überbordwerfen ihrer humanistischen Überzeugungen zu befrieden, seien aber noch nicht verloren. Er rief dazu auf, auch im Freundes- und Familienkreis den zynischen Denkmustern offen zu widersprechen:

„Aber dafür muss man bereit sein, Stellung zu beziehen - so wie wir heute. Wenn man sich zwischen Widerspruch und Schweigen zu entscheiden hat, kann nur das Sprechen das Mittel der Wahl sein, um der Vereinnahmung einer vermeintlichen schweigenden Mehrheit durch die Rechten etwas entgegen zu setzen. Die Strategie des Wegduckens und Beschwichtigens, der Versuch des Totschweigens hat bereits 1932 nicht funktioniert.“

Man darf sich dabei nicht täuschen: So etwas wie eine gemäßigte Version dieser menschenfeindlichen Politik gibt es nicht. Und es sollte auch jedem klar sein, dass diese politische Grundhaltung nicht als solitäre Ansicht in Bezug auf Geflüchtete zu bekommen ist. Nein, wer sich selbst eine Verachtung für Gruppen von Menschen erlaubt, wird vor anderen Randgruppen und alternativen Lebensentwürfen nicht halt machen. Der missversteht Demokratie als Herrschaft der Mehrheit über die Minderheiten. Dieser Leitfadenzieht sich dann auch durch das gesamte Bundestagswahlprogramm der AfD.

In der Familienpolitik vertritt die AfD dieselbe rückwärtsgewand-

te Einstellung. Da ist von Bevölkerungspolitik die Rede, die darin gipfelt, die Rechte von Frauen in Scheidungsangelegenheiten gegenüber dem Mann zu beschneiden, eheliche Solidarität einzufordern und im Fall deren vermeintlicher Verletzung die staatliche Unterstützung Alleinerziehender zu beschneiden.

Da geht es um die Marginalisierung homosexueller Partnerschaften in der Öffentlichkeit, um Eingriffe in die Freiheit der Bildung mit der Forderung, nicht-heterosexuelle Präferenzen gleich ganz zu verschweigen, in Schulen nur noch das Bild der traditionellen Familie zu vermitteln und damit vielen Heranwachsenden die Möglichkeit zu nehmen, sich selbst zu verstehen.

Da geht es um Eingriffe in die Freiheit der Wissenschaften mit der Forderung eines Verbots der Forschung zu Geschlechtern. Natürlich lehnt die AfD auch Frauenquoten nicht nur ab. Vielmehr fordert sie, dass über Geschlechtergerechtigkeit staatlicherseits nicht mal mehr geredet werden dürfe.

Und dann ist da das große Thema Meinungsfreiheit, wo die Neuen Rechten eine große Gefahr für jeden von uns darstellen. Sie verwechseln die Forderung nach Meinungsfreiheit für sich mit dem Anspruch, dass ein jeder ihren menschenfeindlichen Ansichten zuzustimmen hat. Eine vermeintlich gegen sie gerichtete Meinungs-diktatur wollen sie ersetzen durch

eine dann tatsächliche Meinungs-diktatur rechter Grundgesinnung.

Jeder, der es wagt, öffentlich ihren Vorstellungen zu widersprechen, wird bereits heute mit tausenden Drohbriefen eingeschüchert. Mit der Duldung der AfD droht uns eine beispiellose Verrohung der Sprache in Politik und Gesellschaft.

Lassen Sie uns von dieser Veranstaltung heute die Motivation mitnehmen, uns unserer ureigenen Werte zu vergewissern, und sie wieder selbstbewusst in friedlichen Diskussionen in allen gesellschaftlichen Kreisen zu vertreten. Lassen wir nicht zu, dass sich der falsche Eindruck einer vermeintlichen schweigenden Mehrheit breit macht, die eine menschenfeindliche Politik unterstütze. Lassen Sie uns eintreten für Gastfreundschaft, friedliches Miteinander und kulturelle Vielfalt!“

Die Teilnehmerzahl unserer Kundgebung überstieg die der AfD-Veranstaltung deutlich.



Axel Hylla (Bildmitte) verliert den Aufruf Foto: DIE LINKE



von
Axel Hylla,
 Bad Saarow,
 Mitglied der Fraktion DIE LINKE in der Gemeindevertretung Bad Saarow

LESERBRIEF zu „Widerspruch“ 6/2018, S. 7:

Treffen in Fürstenwalde/Die Bürgermeisterwahlen in Oder-Spree – wie weiter für DIE LINKE

Sehr geehrter Herr Tippelt,
 mit großer Verwunderung und Kopfschütteln las ich Ihren Beitrag mit der folgenden Textpassage: „Reflexe, einzelne Genoss*innen für Misserfolge verantwortlich zu machen, erwiesen sich bei der Fehleranalyse als nicht dienlich und zeugen auch nicht von einem solidarischen Umgang untereinander.“

Ich hatte an dem Treffen teilgenommen ohne Einladung durch die Basisorganisation und deutliche und konstruktive Kritik an der Rolle des Vorstandes

der Basisorganisation Erkner im Bürgermeisterwahlkampf geübt. Nur so kommt DIE LINKE weiter. Kritik wird durch Sie als unsolidarischer Umgang bezeichnet. Was ist bei Ihnen angekommen?

Der Bürgermeisterwahlkampf in Erkner wurde maßgeblich durch parteilose Sympathisanten getragen. Als Vorsitzender einer Bürgerinitiative, des Ortsvereins Karutzhöhe e.V., mit rund 70 Mitgliedern – mehr als die Basisorganisation Erkner Mitglieder hat – war ich einer von diesen Sympathisanten und arbeitete

im Wahlkampfteam mit. Seit der Gründung des Vereins 1997 führe ich diesen und verfüge daher und auch durch meine berufliche Tätigkeit über umfangreiche Management- und Analysefähigkeiten. Meine Kritik war begründet und überlegt.

Ich gehe davon aus, dass bei der Kommunalwahl 2019 das Engagement durch Sympathisanten zur Unterstützung der LINKEN zumindest in Erkner deutlich sinken wird.

Mit freundlichen Grüßen
 Steffen Schorcht



von Tobias Thieme, Grünheide, Ortsteil Mönchwinkel, 1. stellvertretender Vorsitzender des Kreistages Oder-Spree, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE in der Gemeindevertretung Grünheide (Mark)

Aus den kommunalen Fraktionen der LINKEN

■ Grünheide (Mark)

Land-Grabbing – das neue Problem im Seenland Oder-Spree?

Land-Grabbing – zu gut deutsch „Landraub“ – dürfte den meisten noch ein Begriff aus den vergangenen Jahrzehnten sein. Spekulanten und Finanzinvestoren sowie Politiker haben seinerzeit im großen Stil riesige Flächen in Entwicklungs- und Schwellenländern aufgekauft.

Seit einigen Jahren ist dieses Thema aber auch insbesondere im ostdeutschen Raum mehr zum Problem als zum Segen geworden.

Uns in Grünheide wurde dieses Thema direkt im Januar diesen Jahres mit einem besonderen Fall im Ortsteil Kagel auf die politische Tagesordnung geführt.

Familie Horn betreibt hier einen landwirtschaftlichen Familienbetrieb und bewirtschaftet ökologisch viele Flächen in und um Kagel. Der Betriebssitz befindet sich dort auf dem ehemaligen LPG-Gelände. Nun hat vor einiger Zeit eine Berliner Finanzinvestfirma, hinter der ein Graf Castell-Castell steht, den Grund und Boden, auf dem die Baulichkeiten stehen, von den Alteigentümern und vormaligen LPG-Genossen erworben. Familie Horn klagte und gewann im ersten Prozess vor einigen Wochen, sodass Sie erstmal auf dem Hof weiter wirtschaften und wohnen durfte.

Nun gibt es zum Thema zwei Erzählversionen, die teilweise auch belegbar sind. Familie Horn (Frau Horn senior war vor 1990 LPG-Vorsitzende), so der Stand, hat nach der Wende die Liegenschaften sowie die Altschulden der LPG, also aller Genossen, übernommen. Mit dem Hof sowie dem bisherigen Grund- und Boden wurde gewirtschaftet und ohne Zutun der ehemaligen Genossenschaftsbauern wurden über Jahre die Altschulden getilgt. Am Rande ist

zu erwähnen, dass diese LPG-Umwandlung eine der astreinen gewesen ist, dies ist sogar gerichtlich bestätigt.

Die ehemaligen Genossenschaftsbauern bekamen nunmehr Ihr Land zurück übertragen und verpachteten an Horns. Diese wiederum, so der Vorwurf, bezahlten jahrelang keine Pacht. Der Landwirt selbst rechnete die Altschulden gegen die Pacht. So ist über die Jahre eine verzwickte Kiste entstanden, dessen Abschluss nun die Gerichte zu klären haben.

Im Land Brandenburg liegt die Grenze der Flächengröße, in der die jeweiligen Landwirtschaftsämter vor Erteilung des Negativzeugnisses ein Interessenbekundungsverfahren mit eventuell erwerbsinteressierten Landwirten durchzuführen haben bei 20000 m² (2 Hektar). Alle kleineren landwirtschaftlichen Flächen werden meist, ohne die Landwirte in Kenntnis zu setzen, verkauft. Hier gibt es große Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern und aus meiner Sicht, Nachholbedarf für unsere Regierung.

Nunmehr waren mehrere nebeneinander liegende Flurstücke betroffen, die einzeln betrachtet jeweils kleiner als 2 Hektar (ha) sind und verschiedenen Eigentümern gehören, in Ihrer Gesamtheit aber größer als 2 Hektar und von landwirtschaftlicher Bedeutung.

Hier sollte es für die Zukunft besser geregelt sein. Flächen auch wenn sie kleiner als 2 ha sind, jedoch nebeneinander liegend veräußert werden an den gleichen Verkäufer und in ihrer Gesamtheit am Ende dann diese 2 ha überschreiten, auch einem Interessenbekundungsverfahren zu unterziehen!

Die Attraktivität der in Kagel betroffenen Flächen, ergibt sich aus der Lage. Diese Fläche liegt direkt am See und zwischen dem Kernort Kagel sowie einem etwas kleineren Siedlungssplitter „Am Dudel“. Was durchaus visuell irgendwann in ferner Zukunft als attraktive Wasser-

grundstücke gewinnbringend vermarktet werden könnte.

Eine weitere Fläche wurde von dem Investor, der mittlerweile als in Märkisch-Oderland registrierter Landwirtschaftsbetrieb auftritt (damit umgeht man ein Interessenbekundungsverfahren wenn man direkt als Landwirt kauft) im Februar diesen Jahres erworben. Hier hat die Fraktion DIE LINKE in der Gemeindevertretung Grünheide empfohlen, dass die Gemeinde vom Vorkaufsrecht Gebrauch macht. Der hauptamtliche Bürgermeister teilte diese Auffassung und meldete Vorkaufsrecht an. Nunmehr rechnen alle mit einem Gerichtsverfahren gegen die Gemeinde, an dessen Ende, so die Hoffnung, eine Präzedenzentscheidung des Richters zugunsten der öffentlichen Hand gefällt würde.

In diesem Zusammenhang entstand, wie bereits im „Widerspruch“ 3/2018 auf Seite 11 zu lesen war, ein Antrag der Gemeindefraktion der LINKEN zum Vorkaufsrecht für Uferstreifen, um so zumindest die Attraktivität für die Investoren zu nehmen. Denn, wenn die Gemeinde jedes Mal den Uferstreifen heraus kauft, kann man die Fläche nicht mehr als Wassergrundstück vermarkten, sondern nur noch als seenah mit einem wahrscheinlich, für die Betuchten störenden Wanderweg am Grundstück vorbei.

Der Diskussionsprozess zu diesem Antrag läuft noch in den Ortsbeiräten und Fachausschüssen der Gemeindevertretung mit einer durchweg positiven Tendenz, so dass in der zweiten Jahreshälfte ein Uferwegkonzept beschlossen werden kann, aus dem die Gemeinde dann besser das Vorkaufsrecht begründen kann.

Ich selbst habe in Mönchwinkel an der Spree einen kleinen Landwirtschaftsbetrieb und setze mich für den Erhalt der immer weiter schrumpfenden bäuerlich-ländlichen Kulturlandschaft ein.



Kein Bauernland für Spekulanten!
DIE LINKE.

Aus der Arbeit des Kreisvorstandes

Mobilität: Sozial. Ökologisch. Für alle.

Wie wir Verkehr gerecht und nachhaltig organisieren können, wird die Wahlen 2019 mitentscheiden

Wie kommen Kinder zur Schule und zum Sportverein? Wie erreichen Pendler*innen ihren Arbeitsplatz und den Badesee nach Feierabend? Wie können Senioren bequem zum Einkauf, zum Arzt oder ins Konzert fahren? Alle Menschen müssen und wollen mobil sein. Mobilität ist Voraussetzung für Lebenshaltung, Erwerbsarbeit und soziale Teilhabe. Die bestehenden Verkehrsstrukturen werden den sozialen und ökologischen Herausforderungen nicht gerecht: Kinder- und Altersarmut schränkt Mobilität ebenso ein, wie Dieselabgase den Klimawandel befeuern. In Städten und Gemeinden sorgen Zuzug und höheres Verkehrsaufkommen für Verstopfung und Verlärmung der Stadtzentren, während in vielen Dörfern am Wochenende und in den Schulferien überhaupt kein Bus fährt.

Gelingt der EU ein attraktiver und bezahlbarer Ausbau der Bahn als Alternative zum Flugzeug? Schafft es das Land Brandenburg, die Regional- und S-Bahnlinien auszubauen, Takte zu verdichten, mehr Züge auf die Schiene zu bringen und die Fahrpreise zu senken? Sind Landkreise und Kommunen gemeinsam in der Lage, alle Städte, Gemeinden und Dörfer bedarfsgerecht und günstig per Bus und Straßenbahn anzubinden, den Fuß- und Radverkehr besonders innerorts zu stärken? Diese Fragen werden die Wahlen im kommenden Jahr mitentscheiden. DIE LINKE will den öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) zum Nulltarif und Mobilität insgesamt klimaneutral gestalten. Das hat der Leipziger Bundesparteitag bekräftigt.

Was können wir im Landkreis Oder-Spree bewegen?

Was wir dafür konkret vor Ort tun können, haben Aktive unseres Kreisverbandes jüngst bei einer Programmwerkstatt in Fürstenwalde diskutiert. Dabei stand im Mittelpunkt, was im Landkreis zur Stärkung des sogenannten Umweltverbunds (ÖPNV, Radverkehr,

Fußverkehr) möglich ist. Das Rückgrat des kreislichen Nahverkehrs bildet die Busverkehrsgesellschaft. Sie muss einerseits eine schnelle und zuverlässige Anbindung an die Regionalbahnachsen des RE 1 (Erkner-Fürstenwalde-Frankfurt (Oder)-Eisenhüttenstadt-Neuzelle) und der RB 36 (Königs Wusterhausen-Storkow-Beeskow-Frankfurt (Oder)) gewährleisten. Dafür sind Express-Buslinien sinnvoll, wie es sie bis vor einigen Jahren zwischen Beeskow und Fürstenwalde gab. Andererseits muss der Busverkehr möglichst alle Dörfer an die nächstliegenden Versorgungszentren anschließen. Hierfür sollte verstärkt auf „nachfrageorientierte Angebote“ (z.B. Rufbusse) gesetzt werden, die eine schnelle und bedarfsgerechte Verbindung mit kleineren Fahrzeugen ermöglichen.

Im Berliner Umland sollte der Busverkehr die Straßenbahnen in Woltersdorf und Schöneiche besser bei der innerörtlichen Mobilität ergänzen. Zudem braucht es eine zusätzliche Querverbindung zwischen den Bahnachsen S3/RE 1 (Erkner) und S5/RB 26 (Neuenhagen/Hoppegarten). Insgesamt muss das Busangebot weniger vom Schülerverkehr abhängig sein. Damit der Landkreis seinen Busverkehr freier und flexibler organisieren kann, strebt DIE LINKE eine Rekommunalisierung der Busverkehrsgesellschaft an. Das würde auch eine Ausweitung des Schülertickets auf die Ferienzeiten und auf Strecken jenseits des Schulweges erleichtern.

Ein attraktiver ÖPNV allein reicht nicht. Denn wie kommen Kinder, Senioren oder Menschen mit Behinderung von ihrer Haustür zur nächsten Haltestelle? Hierfür braucht es Zugänge zu allen Haltestellen über Geh- und Radwege, sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und Rollatoren und Schutz vor Wind, Regen und Sonne. Zusätzliche Mitfahrangebote und Lademöglichkeiten für E-Räder und E-Autos können ebenfalls zur Überwindung der sogenannten „letzten Meile“ beitragen.

Zusammenarbeit von Kreis und Kommunen stärken

Besonders für die effektive Verbindung von ÖPNV, Fuß- und Radverkehr ist eine funktionierende Zusammenarbeit zwischen Landkreis und Kommunen unverzichtbar. Straßen, Geh- und Radwege befinden sich meist in der Zuständigkeit der Gemeinden. Der Kreis ist zur Finanzierung seiner Mobilitätspolitik auf die Einnahmen aus der Kreisumlage angewiesen. Es gilt deshalb, Kirchturmpolitik zu vermeiden und gemeinsam Wege zu finden, wie der Landkreis die Kommunen entlasten kann – etwa, wenn er beim Radwegebau günstigere Fördermittel erhält. Eine zweckgebundene Mobilitätsinvestitionsquote von z.B. zwei Prozent der jährlichen Kreisumlage kann mehr Transparenz und Akzeptanz schaffen. Darüber hinaus sollten wir über neue Finanzierungsformen diskutieren. Der VCD Verkehrsclub Deutschland e.V. schlägt einen ÖPNV-Beitrag vor, um Unternehmen in die Pflicht zu nehmen. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat Bürgerticket-Modelle untersucht.

Mobilität ist für alle Menschen in unserer Region von zentraler Bedeutung. Wenn wir Antworten geben, wie Mobilität für alle sozial und ökologisch organisiert werden kann, wird das zum Erfolg der LINKEN bei den Europa-, Kommunal- und Landtagswahlen 2019 beitragen.

von
Fritz R. Viertel,
 Schöneiche,
 arbeitet als Straßenbahnfahrer bei der Schöneicher-Rüdersdorfer Straßenbahn, Vorsitzender des Ortsverbandes DIE LINKE Schöneiche und bewirbt sich um die Direktkandidatur im Landtagswahlkreis 31 (Hoppegarten, Neuenhagen, Woltersdorf, Erkner, Schöneiche)

Zeichnung:
 Klaus Struttmann



Aus dem Kreistag Oder-Spree



von
Dr. Artur Pech,
Schöneiche,
Vorsitzender der
Fraktion DIE LINKE
im Kreistag
Oder-Spree

■ Der Juni-Kreistag 2018

I. Kreistag tritt dem Bündnis „Bürgermeister für den Frieden“ bei

Am 20. Juni 2018 beschloss der Kreistag mit sehr großer Mehrheit dem Bündnis der „Bürgermeister für den Frieden“ beizutreten.

Diese Organisation wurde 1982 durch den Bürgermeister von Hiroshima gegründet. Sie will durch Aktionen und Kampagnen einen Beitrag zur Verhinderung der Verbreitung von Atomwaffen und zu deren Abschaffung leisten. Das internationale Netzwerk hieß früher „Programm zur Förderung der Solidarität der Städte mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung von Atomwaffen“.

Gerade angesichts der Politik der USA gegenüber dem Iran, die diesem Ziel widerspricht und die Kriegsgefahr in einem ohnehin gefährlichen Gebiet der Erde weiter verschärft, setzt dieser Beschluss ein deutliches Zeichen. Die Bemühungen um atomare Abrüstung und die Erhaltung des Friedens werden auch in unserem Landkreis von einer breiten Mehrheit getragen.

Diese Gemeinsamkeit kommt darin zum Ausdruck, dass der Kreistag mit diesem Beschluss einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen folgte. Das ist auch dem klugen Agieren des Vorsitzenden des Kreistages, Herrn Dr. Berger, zu danken. In der Diskussion sprach sich nur der Vertreter der NPD dagegen aus.

Auf die Idee, einen solchen überparteilichen Antrag im Kreisausschuss anzuregen, brachte mich Thomas Singer, Vorsitzender („Sprecher“) der Linksfraktion im Kreistag Potsdam-Mittelmark, als

er berichtete, wie er dort im März einen solchen Beschluss herbeiführen konnte.

II. Unterstützung der GefAS bei ihrem Standorterhalt

Wie in den letzten Wochen bekannt wurde, will die Deutsche Bahn (DB) die von der Gesellschaft für Arbeit und Soziales e.V. (GefAS) genutzte Immobilie Fichtenauer Weg 53 in Erkner meistbietend verkaufen. Vielfältige Anträge und Aktivitäten der GefAS, das Grundstück zum angemessenen, sozialen Preis zu erwerben, stießen auf taube Ohren beim Bahnvorstand. Die Linksfraktion hat deshalb den Dringlichkeitsantrag für eine an den Bundesminister für Verkehr und den Bahnvorstand gerichtete Erklärung (Text siehe auf Seite 5 im Kasten) des Kreistages eingebracht. Bis auf drei Abgeordnete stimmte der Kreistag dieser Erklärung zu und beauftragte den Landrat, sie an den Bundesminister für Verkehr und den Vorstand der Deutschen Bahn zu übermitteln.

Als Trägerin der Tafeln in Erkner, Storkow, Beeskow und Fürstenwalde wurde die GefAS auch im Bericht des Landrats über die Geschäftstätigkeit der Verwaltung genannt.

Nach dem Antrag unserer Fraktion („Widerspruch“, Mai 2018) wurde die Unterstützung der Tafeln vom Sozialausschuss in einer Sitzung im Hause der GefAS in Erkner beraten. Der Landrat stellte in seinem Bericht dar, welche Schritte die Verwaltung bis September 2018 unternehmen wird, um das Beratungsergebnis umzu-

setzen. Wir werden nach der Beschlussfassung im Kreistag darüber berichten.

III. Veränderung der Schülerbeförderungssatzung

Und noch ein Punkt der Tagesordnung ging auf eine Initiative unserer Fraktion zurück:

Bereits vor rund einem Jahr hatten wir eine Veränderung der Schülerbeförderungssatzung beantragt. Dabei ging es uns um die Schließung der Lücke in der Schülerbeförderung, weil das Ticket nicht für Fahrten zum Hort und zu Ferienangeboten in den Schulen genutzt werden darf. Und es ging um Probleme des Schülerspezialverkehrs.

Die Behandlung des Antrages zog sich sehr lange hin. Auch wir erkennen an, dass es einige vorsichtige Verbesserungen mit dieser Satzungsänderung geben kann, wie Dr. Bernd Stiller (Fraktion DIE LINKE) das im Kreistag nannte. Aber das Problem der Schülerbeförderung in den Ferienzeiten, zu den Horten und den außerunterrichtlichen Angeboten der Schulen bleibt ebenso bestehen wie die kritikwürdige Dauer der Fahrzeiten für die Schülerinnen und Schüler besonders im Grundschulalter.

Wir werden dieses Thema nicht aus den Augen verlieren. Und wir werden uns auch weiterhin damit auseinandersetzen, dass unsere Anträge nach ihrer Überweisung in die Fachausschüsse dort so lange verbleiben, bis unsere Initiativen in den jeweiligen Angelegenheiten kaum noch wahrgenommen werden.



Bürgermeister
für den Frieden

■ Kommen jetzt Windräder, wohin man schaut?

Regionalversammlung Oderland-Spree beschloss Teilregionalplan Windenergie

Am 28. Mai tagte in Seelow die Regionalversammlung der Planungsregion Oderland-Spree, zu der die Landkreise LOS und MOL sowie die Stadt Frankfurt gehören. Es wurde der sachliche Teilregionalplan Windenergie (Windplan) beschlossen, in dem 33 neue Windeignungsgebiete ausgewie-

sen werden. Ich gehöre zu den Regionalräten, die diesem Beschluss zugestimmt haben. Meine Beweggründe dazu möchte ich hier darstellen.

Angesichts des bereits eingetretenen Klimawandels muss unbedingt gegengesteuert werden. Die Erhö-

hung der Durchschnittstemperatur ist eindeutig von Menschen gemacht, die Freisetzung von CO² gilt als wichtigste Ursache. Zwar hat die Klimakonferenz von Paris beschlossen, den Temperaturanstieg auf unter 2 Grad, möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen. Das kann jedoch nur gelingen, wenn die Ver-

brennung fossilen Kohlenstoffs in Form von Kohle, Erdöl und Erdgas ein Ende findet. Bei der Umstellung von fossilen Energieträgern auf erneuerbare ist die Windenergie eine wichtige Säule. Windräder verbrauchen außer zu ihrer Herstellung keine Rohstoffe und sie setzen keine Schadstoffe frei.

Dem Wildwuchs Einhalt gebieten

Da sie aber auch Nachteile haben (z.B. Beeinträchtigung des Landschaftsbildes, Geräuschemissionen, Schlagschatten, Zusammenstöße mit Vögeln und Fledermäusen) muss dem „Wildwuchs“ von Windenergieanlagen Einhalt geboten werden. Zwar meinen viele, der Windplan würde die Zunahme an Windrädern zur Folge haben. Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Nach § 35 des Baugesetzbuches sind Windenergieanlagen nämlich privilegierte Vorhaben, die auch im Außenbereich überall dort gebaut werden dürfen, wo es nicht durch Gesetze oder Verordnungen verboten ist. In unserer Planungsregion ist das auf 68 Prozent der Fläche der Fall, also außerhalb von Siedlungen und Naturschutzgebieten fast überall. Mit der Festlegung von Eignungsgebieten für Windenergienutzung wird die Errichtung von Windrädern außerhalb dieser Gebiete faktisch ausgeschlossen. Jetzt ist es nur noch auf 1,6 Prozent der Fläche unserer Planungsregion möglich, Windräder zu errichten.

Was war der Beschlussfassung am letzten Mai-Montag vorausgegangen?

Die Regionale Planungsgemeinschaft verfügt seit 2004 über einen gültigen Windplan. Planungen müssen aber immer wieder an sich verändernde Bedingungen angepasst werden. Und so fasste die Regionalversammlung im November 2008 in Umsetzung der von der Landesregierung beschlossenen „Energiestrategie 2020“ den Beschluss zur Fortschreibung. Die Beschäftigten der Regionalen Planungsstelle leisteten eine enorme Arbeit. 2012 lag ein erster Entwurf vor, der im Herbst öffentlich ausgelegt wurde. Nach Auswertung der hierbei eingegangenen Anregungen und Bedenken entstand ein zweiter Entwurf, der Ende 2015 fertig war und Anfang 2016 in die öffentliche Auslegung ging. Im Ergebnis dieser Auslegung ergab sich wiederum die Notwendigkeit einer

Überarbeitung. Der dritte Entwurf wurde dann im ersten Halbjahr 2017 öffentlich ausgelegt. Parallel dazu wurden die Träger öffentlicher Belange beteiligt, flankiert von einer Vielzahl öffentlicher Informationsveranstaltungen. Die Anzahl der zu berücksichtigenden Stellungnahmen wurde von Entwurfsfassung zu Entwurfsfassung mehr. Im Ergebnis der Auslegung des dritten Entwurfs trafen wiederum 2423 Stellungnahmen bei der Regionalen Planungsstelle ein, die vor der Beschlussfassung abzuwägen waren. Das Abwägungsprotokoll umfasst mehr als 6000 Seiten und wurde allen Regionalräten zur Verfügung gestellt. Bei der stichpunktartigen Prüfung dieser Unterlagen, die gerichtsfest sein müssen, konnte ich keine Abwägungsfehler erkennen.

Planung der Windeignungsgebiete in drei Schritten

Die Auswahl der Flächen für die Windeignungsgebiete erfolgte in drei Schritten. In einem ersten Planungsschritt wurden harte Tabuzonen berücksichtigt, in denen Windenergienutzung generell nicht in Frage kommt. Die übrige Fläche wurde in einem zweiten Planungsschritt mit den Restriktionskriterien abgeglichen, die die Regionalversammlung per Beschluss festgelegt hatte. Schließlich musste in einem dritten Planungsschritt überprüft werden, ob die verbleibenden Gebiete trotz flächenmäßiger Begrenzung der Windenergienutzung noch substantziellen Raum verschaffen. Der fertige Plan kann nun nach der Beschlussfassung auf der Internetseite der Regionalen Planungsregion Oderland-Spree (www.rpg-oderland-spree.de) von jedem eingesehen werden.

Die Annahme des neuen Windplanes kam rechtzeitig, um Wildwuchs zu verhindern. Kurz vor der Beschlussfassung erreichte uns die Nachricht, dass unser bisher gültiger Plan vor Gericht wohl bald gekippt worden wäre. Er enthält dieselben Fehler, auf Grund derer ein Plan aus einer anderen Planungsregion von einem Verwaltungsgericht für ungültig erklärt wurde.

Zu den Bürgerinitiativen der Windkraftgegner

Der gesamte Planungsprozess wurde begleitet von einigen Bürgerinitiativen von Windkraftgegnern, für deren Argumente ich durchaus Verständnis habe. Sie gingen aber von der falschen Annahme aus, mit der Verhinderung des Windplanes den Bau weiterer Windräder aufhalten zu können. Wie oben dargestellt, ist das Gegenteil der Fall, es wird eine unkontrollierte Entwicklung verhindert. Die örtlichen Initiativen haben aber weitere Möglichkeiten, sich einzubringen. Mit der Annahme des Teilregionalplanes ist noch kein einziger Bau einer Anlage beschlossen. Dieser bedarf nämlich einer Genehmigung der Immissionsschutzbehörde (Landesamt für Umwelt).

Im Genehmigungsverfahren werden alle Umweltbelange sowie die Belange Betroffener nochmals explizit geprüft und bei der Festlegung von Auflagen berücksichtigt. Auch die begründete Versagung der Genehmigung ist möglich. Unabhängig davon können die Kommunen natürlich von ihrem Planungsrecht Gebrauch machen und für Windeignungsgebiete beispielsweise in einem Bebauungsplan konkrete Festlegungen treffen.



von **Peter Engert**, Fürstenwalde, sachkundiger Einwohner der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree, Mitglied der Regionalversammlung Oderland-Spree



30. Mai 2018: Vor dem Kanzleramt haben Klima-Aktivist*innen für einen Ausstiegspfad aus der Kohle demonstriert, der die deutschen Klimaziele erreichbar macht und gleichzeitig sozialverträglich ist. Die Aktivist*innen strecken ihre schwarz gefärbten Hände in die Höhe und signalisieren damit: Stopp Kohle!
Foto: Uwe Hixsch



von
Thomas Nord,
Mitglied des Bundestages,
Landesliste Brandenburg

Kontakt:
Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
• Telefon: (030) 227-7 26 75
• Fax: (030) 227-7 66 75
• E-Mail: thomas.nord@bundestag.de
• Internet: <https://thomas-nord.de>

Wahlkreisbüro:
Frithjof Bastian,
Mühlenstr. 15, 15517
Fürstenwalde
Tel.: (033 61) 34 26 18
Fax: (033 61) 34 26 24
E-Mail: thomas.nord.ma04@bundestag.de

Mehrjähriger Finanzrahmen 2021 bis 2027 der EU wird weiter verhandelt

Eintracht und Frohsinn

Ungeachtet aller Turbulenzen über die Regierungsbildung in Italien oder den Regierungswechsel in Spanien laufen die Verhandlungen zum neuen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) weiter. Der MFR ist der Haushaltsrahmen der EU für die Jahre 2021 bis 2027, mit dem die unmittelbaren Vorstellungen über die Frage „Wie weiter mit der EU?“ in den einzelnen Politikfeldern, die hier Rubriken heißen, in Zahlen gegossen werden. Das macht die Verhandlungen über den MFR zu einem der großen Streitfelder zwischen den Mitgliedsstaaten. Denn bei Geld hört die Freundschaft ja bekanntlich auf.

Am 2. Mai hat EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger mit der Mitteilung „Ein moderner Haushalt für eine Union, die schützt, stärkt und verteidigt“ einen umfangreichen Vorschlag zur Diskussion gestellt, der einen mehr als 120-Seiten langen Anhang zur Erläuterung und zahlreiche Verordnungsvorschläge enthält. Mit Oettingers Vorlage wird für die EU der 27 eine Erhöhung des Etatrahmens um 14 Prozent auf rund 1 135 Milliarden Euro vorgeschlagen. Dies entspricht einem Volumen von 1,114 Prozent des EU-Brutto-Nationaleinkommens.

Keine Militarisierung der EU

Im Ausgabenbereich wird für eine stärkere Fokussierung auf „Zu-

kunftsarbeiten mit EU-Mehrwert“ plädiert. Programme zu Innovation, Forschung, Klima- und Umweltschutz sollen moderat gestärkt werden. Deutliche Steigerungen aber sind in den Bereichen Grenzsicherung, Migrationsmanagement, bei der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik vorgesehen. DIE LINKE kritisiert die Einrichtung einer Haushaltsrubrik für „Sicherheit und Verteidigung“, die mit 27,5 Milliarden Euro ausgestattet werden soll. Die Militarisierung der EU-Außen- und Sicherheitspolitik wird erstmals offen mit EU-Haushaltsmitteln unterlegt.

Gestrichen werden soll nach Vorstellung der Kommission dagegen vor allem in den Rubriken Agrarpolitik sowie der Struktur- und Regionalförderung. Im Bereich der Landwirtschaftspolitik sollen die Zahlungen um 5 Prozent gekürzt werden. Das wird für die Landwirtschaft dazu führen, dass sich in der Folge die Preise in den Geschäften erhöhen. Das Sparen bei der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) führt zu Mehrausgaben bei den Verbraucher*innen.

Folgen für die Landeshäushalte

Die Vorschläge für die Kohäsions- und Regionalpolitik wurden Ende Mai veröffentlicht. Es sind im Vergleich zum MFR 2014 bis 2020 Kürzungen von 10 Prozent vorgesehen. Deutschland soll nach dem Vorschlag rund 20 Prozent weniger EU-Strukturfördermittel erhalten (15,7 Milliarden Euro statt 19,8 Milliarden). Dadurch werden Herausforderungen wie Langzeitarbeitslosigkeit, die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, der Mangel an öffentlichen Investitionen oder die Umstellung auf erneuerbare Energien erheblich größer.

Gerade die Übergangsregionen, vor allem in Ostdeutschland, benötigen weiterhin Unterstützung, um ihre im europäischen Vergleich gute wirtschaftliche und soziale Entwicklung aufrechtzuerhalten zu können. Zwar sollen alle Regionen der EU auch weiter an der EU-Förderung partizipieren können – also auch die brandenburgischen. Aber durch die geplante Anhebung der Kofinanzierungssätze

von beispielsweise 40 Prozent auf 50 Prozent kann dies auch Auswirkungen auf die Landeshäushalte haben, die hier mehr Mittel einplanen müssen.

Machtmittel der Kommission

Neu an dem Vorschlag ist die Forderung, die Mittelvergabe aus den Struktur- und Regionalfonds an politische Bedingungen (Konditionalitäten) zu knüpfen wie das Einhalten der Rechtsstaatlichkeit, die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und so weiter. Dies ist ein zweischneidiger Vorschlag. Zunächst ist aus linker Sicht die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen ein zu bejahender Punkt. Allerdings versucht die EU-Kommission mit diesem Vorschlag ein finanzielles Machtmittel zur Disziplinierung von Mitgliedsstaaten in die Hand zu bekommen. Dies ist äußerst zweifelhaft zu bewerten. Außerdem trifft die Verweigerung von EU-Mitteln strukturschwache Regionen, Urheber*innen der Politik sind aber nationale Regierungen.

Darüber hinaus schlägt Oettinger in der Mitteilung „Ein moderner Haushalt für eine Union“ die Einführung neuer Eigenmittel vor, um ihre Abhängigkeit von den Beiträgen der Mitgliedstaaten zu reduzieren und um künftige Aufgaben aus einer EU-Perspektive finanzieren zu können. Die Forderung einer Plastiksteuer liegt im aktuellen Trend der Berichterstattung über Umwelt- und Meeresverschmutzung, Verelendung von Walen und Vermüllung von attraktiven Reisezielen. Die Kommission möchte Einnahmen aus dem Emissionshandel selbst verbuchen können und eine EU-weite Körperschaftsteuer einführen, die direkt ins EU-Budget fließen.

Große Hürde Konsens

Der vorliegende Vorschlag wird auch auf dem EU Gipfeltreffen der Staats- und Regierungsvorsitzenden Ende Juni auf der Tagesordnung stehen. In den Stellungnahmen der einzelnen Mitgliedsstaaten sind schon jetzt große Gegensätze sichtbar geworden. Die Niederlande zum Beispiel verweigern, den Eigenbeitrag über 1,0 Prozent des

BUNDESTAGSREPORT DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG

Ausgabe Juni II / 2018



Der Bundestagsreport der Landesgruppe Brandenburg der Fraktion DIE LINKE erscheint am Ende jeder Plenarwoche im Internet auf der Seite: www.dielinke-brandenburg.de/parlamente/bundestag/. Die vier Brandenburger Mitglieder der Bundestagsfraktion DIE LINKE berichten darin über Schwerpunkte ihrer parlamentarischen Arbeit.

In der Ausgabe Juni II/2018 sind neben „Mehrjähriger Finanzrahmen 2021 bis 2027“ von Thomas Nord“ (nebenstehend) folgende Beiträge enthalten:

- **Anke Domscheit-Berg:** Mit dem Ausschuss Digitale Agenda auf der CEBIT
- **Norbert Müller:** Kampf für die Rechte der Kinder geht weiter – Kinderkommission nimmt Arbeit auf
- **Kirsten Tackmann:** Afrikanische Schweinepest ist eine große Gefahr

EU-Bruttonationaleinkommens zu erhöhen. Die osteuropäischen Staaten z.B. werden der Konditionalisierung der Kohäsions- und Regionalmittel nicht zustimmen. Frankreich wird versucht sein, seine Zustimmung an die Vertiefung der Union in den Bereichen Wirtschafts- und Währungsunion zu binden.

Der formulierte Anspruch, die Verhandlungen zum MFR 2021 bis 2027 noch vor den Wahlen zum

Europäischen Parlament vom 23. bis 26. Mai 2019 abzuschließen, wird nur sehr schwer einzulösen sein. Die 27 Mitgliedsstaaten müssen in der Schlussabstimmung Einstimmigkeit erzielen. Das einzig starke Argument einer vorherigen Einigung liegt in der Vorahnung der Schwierigkeiten, diese Aufgabe nach der Parlamentswahl zeitbegleitend zur Neukonstituierung der EU-Institutionen bewältigen zu müssen.

Zusammenfassend lässt sich über Oettingers Vorschlag bis hier sagen, dass er die neoliberale Handschrift eines CDU-Politikers trägt. Im sozialen Bereich, beim regionalen Ausgleich und in der Landwirtschaft soll gespart werden, die Militarisierung und die Abschottung der Festung Europa soll mit deutlichen finanziellen Aufwüchsen vorangetrieben werden.

Aus der Linksfraktion im Landtag

Der Spitzenspitzel vor dem Brandenburger NSU-Untersuchungsausschuss

Am 11. Juni war es soweit. Der nun bereits seit zwei Jahren arbeitende NSU-Untersuchungsausschuss des Brandenburger Landtags hatte Carsten Szczepanski alias „Piatto“, den Spitzenspitzel des Verfassungsschutzes, geladen. Szczepanski, wegen versuchten Mordes an einem Nigerianer zu acht Jahren Gefängnis verurteilt, hatte sich 1994 noch aus der Untersuchungshaft dem Brandenburger Geheimdienst angedient. Dieser ließ sich nicht lange bitten und nahm den Rechtsextremisten, der 1991/92 versuchte, Ku-Klux-Klan-Strukturen in Berlin und Brandenburg aufzubauen, quasi unter Vertrag. Bis zu 1000 DM betrug sein monatliches „Gehalt“, was schon verstaatlicht war.

Szczepanski hatte im August und September 1998 dem Verfassungsschutz darüber berichtet, dass drei in Sachsen abgetauchte thüringische Skinheads, zwei Männer und eine Frau, auf der Suche nach Waffen und Pässen seien. Sie würden Banküberfälle planen, um sich dann nach Südafrika abzusetzen. Zweifellos handelte es sich bei den Dreien um Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt, das spätere NSU-Trio. Wie der Verfassungsschutz mit

dieser brisanten Information umgegangen ist, soll der Ausschuss u.a. klären. Von wem Szczepanski die Nachricht hatte, daran konnte er sich nicht mehr erinnern. Doch ist es nicht unwahrscheinlich, dass er sie von einem Brandenburger Neonazi erhalten hat, der dem Trio sehr nahe war. Damit ergeben sich durchaus neue Ermittlungsansätze.

Darüber hinaus gewährte Szczepanski in seiner neunstündigen Vernehmung Einblicke in seine V-Mann-Tätigkeit, die das Rechtsstaatswidrige dieser Praxis dokumentieren. Beispiele dafür sind: Szczepanski produzierte und vertrieb unter Mithilfe des Geheimdienstes rechtsextremes Propagandamaterial in der Justizvollzugsanstalt. Als ein couragierter Gefangener, der in der Redaktion der Gefangenenzeitung arbeitete, Anzeige erstattete, verlief diese im

Sande. Der Verfassungsschutz versorgte Szczepanski mit Zigaretten, damit er mit diesen illegale Kopien bezahlen konnte. Das rechte Magazin „Der Weiße Wolf“ wurde sogar in den 90er Jahren vollständig in der JVA Brandenburg produziert. Der Verfassungsschutz hatte durch Szczepanski Kenntnis davon, unternahm aber nichts. Noch vor dem Ausschuss verneinten Zeugen aus der Gefängnisleitung und dem Justizministerium die Herstellung des Heftes im Gefängnis. Um eine vorzeitige Haftentlassung Szczepanskis 1999 zu erreichen, wurde das zuständige Gericht belogen. Als „Gefangenenbefreiung“ habe ich das überspitzt im Ausschuss bezeichnet. Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis finanzierte ihm der Geheimdienst einen rechten Szeneladen in Königs Wusterhausen, in dem u.a. Waffengeschäfte abgewickelt wurden, und steuerte ihn in die Brandenburger NPD-Spitze. Die Partei erfuhr dadurch in Königs Wusterhausen einen Aufschwung. Als Szczepanski, der sich heute in einem Zeugnenschutzprogramm befindet, im Sommer 2000 enttarnt wird, lässt ihn der Verfassungsschutz wie eine heiße Kartoffel fallen.



von **Dr. Volkmar Schöneburg**, Mitglied des Landtages Brandenburg, Obmann im NSU-Untersuchungsausschuss

- **Internet:** <http://volkmar-schoeneburg.de/>
- **Facebook:** www.facebook.com/volkmar.schoeneburg
- **Wahlkreisbüro** Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde, Telefon: (03361) 369 89 81
- **Mitarbeiterinnen** **Romy Neupert** Handy: (0152) 2908 1064 **Franziska Schneider** Handy: (01520) 370 96 95



Zeichnung: Klaus Struttmann, Juli 2015

NACHRICHTEN AUS DER LANDTAGSFRAKTION DIE LINKE

■ **Belastung durch Straßenausbau-Beiträge mindern**

Von Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, innenpolitischer Sprecher

In der Bundesrepublik wird seit längerem intensiv über das Thema der Erhebung von Beiträgen zum Ausbau von Straßen gestritten. Denn: Die Entscheidung darüber, in welchem Umfang eine Kommune die Einwohnerinnen und Einwohner an der Diskussion von Ausbauvarianten und später dann auch finanziell beteiligt, erfolgt im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung und unterscheidet sich deshalb von Kommune zu Kommune. Wenn es dann einen Luxusausbau gibt, ist der Ärger vorprogrammiert.

DIE LINKE will sich dieser Problematik mit der gebotenen Sachlichkeit stellen. Wir wollen, dass eine finanzielle Beteiligung von Anliegern an den Kosten des Ausbaus einer Straße mit dem tatsächlichen Vorteil einer solchen Baumaßnahme abgewogen wird. Unser Anliegen ist es, die Handlungsspielräume für die Kommunen zu erweitern und ihr eigenverantwortliches Handeln zu stärken. Nur so wird es möglich sein, die konkreten Bedingungen vor Ort angemessen zu berücksichtigen und mit den Anliegern eine mach-

bare Variante zu finden. Dazu gehören auch Härtefallregelungen.

Vor dem Hintergrund hat die Fraktion gemeinsam mit ihrem Koalitionspartner und den GRÜNEN die Landesregierung aufgefordert, bis November 2018 eine Analyse zum Umgang mit den Straßenausbaubeiträgen in den verschiedenen Bundesländern vorzulegen und konkrete Vorschläge für Veränderungen des Kommunalabgabengesetzes in Brandenburg zu unterbreiten. In diesem Zusammenhang erwarten wir Vorschläge zur Bürgerbeteiligung im

Vorfeld der Entscheidung über eine konkrete Ausbauvariante – es muss in allen Kommunen eine Selbstverständlichkeit werden, dass Entscheidungen über den Umfang des Ausbaus nicht ohne die Betroffenen getroffen werden.

Anschließend noch ein Hinweis: Die Kostenbeteiligung der Anliegerinnen und Anlieger bei der erstmaligen Erschließung von Straßen, die in vielen Gemeinden in Brandenburg noch ansteht, ist Bundesrecht, d.h. sie liegt nicht der Regelungskompetenz des Landtages.

■ **Kein Kind darf in der Armutsfalle steckenbleiben**

Von Bettina Fortunato, sozialpolitische Sprecherin

Armut ist mehr als materieller Mangel, Armut beeinträchtigt Teilhabechancen. Kinder leiden besonders stark unter den Folgen von Armut. Es fehlt aber in den Familien nicht einfach nur Geld. Arm zu sein heißt für Kinder, in erster Linie nicht dabei sein zu können – beim Kino- oder Zoobesuch, oder beim Eisessen ... kein Kind darf in dieser Armutsfalle stecken bleiben. Jedes Kind hat das gleiche Recht auf Teilhabe, Bildung und gesundes Aufwachsen. Es bedarf vielfältiger Aktivitäten dagegen. Der Runde Tisch „Starke Familien – Starke Kinder“ bringt viele Partner zusammen, um gemeinsam Lösungsansätze zur Vermeidung und Bekämpfung von Kinderarmut zu

entwickeln und gute Praxisbeispiele bekannt zu machen.

Im Bericht der Landesregierung über die Arbeit des Runden Tisches wurde deutlich, dass die Bekämpfung von Kinder- bzw. Familienarmut eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft darstellt. Die Landesregierung arbeitet kontinuierlich an der Entwicklung von Maßnahmen zur Stärkung von Familien und zur Armutsbekämpfung. Dabei fangen wir nicht bei null an. Es gibt bereits vielfältige gute Erfahrungen, beispielsweise mit den Netzwerken für Gesunde Kinder, dem Schüler-BaföG, dem Schülersozialfonds und den weiteren Maßnahmen des Familien- und Kinderpolitischen Programms.

Aber Landespolitik allein kann das Problem nicht lösen. Hier ist die Bundesregierung gefragt. Laut Koalitionsvertrag will sie ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Kinderarmut schnüren mit der Entlastung einkommensschwacher Familien und der Erhöhung des Kinderzuschlages. Die Beantragung von familienentlastenden Leistungen soll entbürokratisiert werden.

DIE LINKE fordert seit langem die bundesweite Einführung einer existenzsichernden Kindergrundsicherung. Viele Eltern sind arm, weil sie Kinder haben. Deshalb wollen wir, dass das Kindergeld erhöht und natürlich nicht auf die Grundsicherung angerechnet wird. Öffentliche Einrichtungen

der sogenannten Daseinsvorsorge sind für arme Menschen ganz besonders wichtig. Es ist nicht nachvollziehbar, warum Schulen und Hochschulen in Deutschland kostenfrei sind, aber im vorschulischen Bereich die Eltern mit finanzieren müssen. Brandenburg steigt mit dem elternbeitragsfreien letzten Kitajahr ein, genau das zu tun: Kostenfreie Bildung von Anfang an. Ich bin froh, dass wir uns da auf den Weg machen.

Der Kampf gegen Kinderarmut benötigt einen langen Atem. Wir wollen, dass die Ergebnisse aus der Arbeit des Runden Tisches zu konkreten Handlungsempfehlungen über die Legislatur hinaus führen.

■ **Güterverkehr in Brandenburg umweltverträglich und sicher machen**

Von Anita Tack, verkehrspolitische Sprecherin

Umweltverträglicher Güterverkehr war das Thema eines Antrages, den die Grünen in den Landtag eingebracht hatten und der zur weiteren Debatte in den Infrastrukturausschuss überwiesen wurde. DIE LINKE unterstützt dieses wichtige und komplexe Anliegen, sieht aber auch die Verkehrspolitik des Bundes in der Verantwortung. Wir fordern die längst überfällige Verkehrswende im Bund mit aller Konsequenz ein. Der Bundesverkehrswegeplan allerdings gibt dem weiteren Straßenbau eindeutig den Vorrang vor der Stärkung des Bahnverkehrs. Auf Bundesebene muss endlich

ein Umdenken und Umsteuern eingeleitet werden – das ist der Weg in die Zukunft.

Wir wollen mehr Investitionen in die Schiene, zweigleisigen Ausbau und Streckenelektrifizierungen. Beratungskompetenz für Transportunternehmen zur Umstellung auf die Schiene muss zielgerichtet genutzt werden, z.B. durch Güterverkehrszentren. Das Land Brandenburg muss sich im Bundesrat weiterhin für die Stärkung des Schienenverkehrs einsetzen.

Wir fordern:

■ Schluss mit der Wettbewerbsbenachteiligung der Schiene

gegenüber der Straße durch Senkung der hohen Trassenpreise

- Gleisanschlüsse an Unternehmen (von ca. 800 Betriebsanschlüssen sind heute nur 140 Anschlüsse noch in Betrieb)
- weitere Förderung des Bahntechnologie Campus Haveland, auch als Kompetenzzentrum Schienengüterverkehrslogistik
- Verhinderung von Verkehrsunfällen durch mehr Kontrollen im Güterverkehr, v.a. auf Autobahnen
- bessere Sicherheitssysteme in LKW

So lange es für die Unternehmen kostengünstiger ist, ihre Güter mit LKW auf Straße und Autobahn zu transportieren und dadurch das Transportgeschehen auf der Straße weiter zunehmen wird, wird auch das Unfallgeschehen weiter anwachsen. Mit ständigen Baustellen für Neubauvorhaben und Sanierungen (Betonkrebs) verschärft sich die Situation. Wir bleiben im Infrastrukturausschuss am Thema dran.

Stille Revolution

Betrachtungen zu Auswirkungen der Digitalisierung auf die Gesellschaft

Wer verstehen will, was die zunehmende Digitalisierung tatsächlich bedeutet, ist mit einem Blick in die Geschichte gut beraten. Die erste Industrielle Revolution – sie brachte im 18. und im 19. Jahrhundert die Erfindung des Buchdrucks, der Dampfmaschine und der Eisenbahn – führte zu einem enormen Wandel der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse einer Vielzahl Betroffener. Arbeits- und Lebensumstände veränderten sich rasant und auf Dauer.

Im Film „Die Feuerzangenbowle“, für viele von uns noch heute Kult, gibt es eine Szene, die zeigt, wie schwer es damals schon war, technologische Prozesse verständlich zu erklären. Der Lehrer scheitert beim Versuch, seinen Schülern die Dampfmaschine zu erklären und sagt: „Die Dampfmaschine, das ist ein Loch, und alles andere kriegen wir später“.

Nun ist die dritte Industrielle Revolution, nach der zweiten – die fossile Brennstoffe, elektronische Kommunikation und das Auto brachte – im vollen Gange. Ein großer Teil der Bevölkerung hat zurecht das Gefühl, abgehängt zu sein. Erneuerbare Energien, Internet, Vernetzung und Verdattung auf allen Ebenen, wer soll da noch durchblicken? Und vor allem: Wohin führt das?

Grundsätzliche Logik: Karl Marx wusste Bescheid

Der Kapitalismus entwickelt die Produktivkräfte soweit, dass der Mensch als Hauptproduktivkraft neben den Produktionsprozess gestellt wird. Klingt vielleicht etwas dröge, aber bringt es auf den Punkt. Je weiter sich das System entwickelt, desto weniger wird die menschliche Arbeitskraft für die Produktion – sowohl materieller als auch ideeller Güter – benötigt. Am Ende gar nicht mehr.

Mit Beginn der Digitalisierung ist dieser Prozess nun massenwirksam geworden. Damit gehen enorme soziale und kulturelle, rechtliche und wirtschaftliche Probleme einher. Die Digitalisierung bedeutet durchaus Spaß und Kommunikation rund um die Uhr und die ganze Welt. Im Wesentlichen ist sie jedoch ein Teil der kapitalisti-

schen Produktionsweise und erfüllt den Zweck der Profitoptimierung. Deshalb sind feste Regeln notwendig. Voraussetzung, diese zu entwickeln, ist jedoch das Verstehen.

Digitalisierung verstehen

Basis der Digitalisierung ist die Informatik. Diese Wissenschaft, stellt die Anwendungsmöglichkeiten für alle Prozesse der Digitalisierung bereit. Theoretisch oder praktisch? Beides.

Als Wissenschaft ist die Informatik eine hoch effiziente Produktivkraft. Deshalb wird sie für und durch die kapitalistische Produktionsweise stetig weiterentwickelt. Die notwendigen Investitionen sind schnell wieder eingespielt.

Um dieser enorm schleunigen Entwicklung nicht ohnmächtig gegenüberzustehen, ist es wichtig, Informatik breitenwirksam zu erklären und ein Verständnis dafür zu schaffen, wie sie funktioniert. Jeder Bürger sollte in der Lage sein, sich möglichst komplett informieren und positionieren zu können. Denn Informatik steckt so gut wie überall drin: Von modernen Produktions- bis zu Medizinsystemen – im Kern sind es Informatiksysteme. Bereits heute leben wir in einer „digitalen Gesellschaft“. Wer sich nicht auskennt, gehört in vielen Bereichen nicht mehr wirklich dazu. Während manche noch immer meinen, das Thema ordne sich ihrer vielleicht sogar abwertenden Meinung unter, hat sich die Digitalisierung längst zur Universaltheorie entwickelt, indem sie in alle Gesellschaftsbereiche eingreift.

Digitalisierung begleiten

Der Mensch ist – so wie in den vorherigen industriellen Revolutionen – gezwungen, sich neu zu orientieren. Geht die Digitalisierung nicht einher mit der Ausgestaltung sozialer Gerechtigkeit, wiederholt sich mit hoher Wahrscheinlichkeit die Massenverelendung vergangener Zeiten. Die Teilhabe der Menschen am gesamtgesellschaftlichen Umgestaltungsprozess zu sichern, ist jetzt Aufgabe der Politik.

Gleichzeitig mit dieser dritten Industriellen Revolution bedarf es also einer sozialen Revolution. Technologien wie der 3D-Druck

oder Industrieroboter verändern die Stellung des Menschen im Produktionsprozess bereits heute grundlegend. Unmengen an menschlicher Arbeitskraft werden freigesetzt. Anstatt eines digitalen Prekariates benötigen wir deshalb soziale Absicherung, soziale Teilhabe.

Wenn wir von dieser Entwicklung nicht überfordert werden wollen, sind die politischen Grundlagen jetzt, nicht morgen, programmatisch zu erfassen, theoretisch zu fundieren und erste Schritte in der praktischen Politik einzuleiten. In diesem Zusammenhang sind die digitalen Grundrechte der Menschen zu sichern; praktische Politik muss im demokratischen Entscheidungsfindungsprozess ihre Effizienz wesentlich steigern.

Aktuell geht es jedoch in die gegenteilige Richtung. Im Wesentlichen konzentriert sich die Politik im 21. Jahrhundert auf den Kontrollaspekt des Digitalisierungsprozesses. Unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Terror werden grundlegende Rechte der Bürger eingeschränkt, wird die Basis für eine digitale Kontrollgesellschaft geschaffen. Anstatt weitere Ausspähungen der Bürger gesetzlich zu legitimieren, benötigen wir den Schutz unserer Privatsphäre im Internet. Die Digitalisierung als Prozess zeigt deutlich die Janusköpfigkeit menschlicher Entwicklung. Digitalisierung kann sowohl positiv als auch negativ auf die Gesellschaft wirken. In welche Richtung es gehen soll, haben wir heute noch in der Hand. Kommen wir jetzt nicht ins Handeln, wird es bald schon zu spät sein.



von
Franziska Schneider,
 Erkner,
 Mitglied im Vorstand DIE LINKE
 Erkner, Gosen-Neu Zittau;
 Bewerberin als Kandidatin zur Landtagswahl im Wahlkreis 31
 Foto: Spreebote



Die Maut-Kontroll-Säule von Toll Collect auf Deutschlands Bundesstraßen sammelt – angeblich – lediglich Daten von LKW.
 Foto: privat



von
Romy Neupert,
Beerfelde,
Wahlkreismitar-
beiterin des Land-
tagsabgeordneten
Dr. Volkmar Schö-
neburg, Mitglied des
Landesvorstandes
Brandenburg

Die Aufgaben sind verteilt

Die Mitglieder des Landesvorstandes DIE LINKE Brandenburg haben inhaltliche und territoriale Verantwortung übernommen

Am 15. Juni traf sich der Landesvorstand das erste Mal seit der Klausur im Mai. Es war eine sehr produktive Sitzung. Ich hatte euch bereits berichtet, dass die Hausaufgabe der Vorstandsmitglieder darin bestand, sich für bestimmte Arbeitsschwerpunkte zu entscheiden und somit die Arbeit auf mehr Schultern zu verteilen.

Folgende Schwerpunkte wurden festgelegt:

- Politische Bildung
- Strategieentwicklung und -umsetzung
- Innerparteiliche Kommunikation
- Öffentlichkeitsarbeit/Presse
- Struktur- und Organisationsentwicklung
- Zusammenarbeit mit der Landtagsfraktion
- Zusammenarbeit mit der Landesgruppe der Bundestagsfraktion
- Zusammenarbeit mit Kommunalpolitiker*innen und Bürgermeister*innen
- Zusammenarbeit mit dem Jugendverband
- Zusammenarbeit mit dem Parteivorstand
- weiterhin Zusammenarbeit mit den einzelnen Zusammenschlüssen und im außerparlamentarischen Raum

Die Mitglieder aus unserem Kreisverband sind für folgende Bereiche zuständig:

- **Alexander Klotzovski:** Zusammenarbeit mit LAG FluMi (Flucht und Migration), Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingsrat und mit Mieterinitiativen im außerparlamentarischen Raum
- **Romy Neupert:** Zusammenarbeit mit Kommunalpolitiker*innen und Bürgermeister*innen, LAG Grundeinkommen, Kinder und Jugend im außerparlamentarischen Raum
- **Heidi Wiechmann:** Zusammenarbeit mit LAG Linke Frauen, LAG Senior*innen und Gesundheit und Pflege im außerparlamentarischen Raum

Solltet ihr Kontakt zu den Verantwortlichen der anderen Bereiche suchen, dann meldet euch gerne bei mir. Hier alle einzeln aufzuführen, würde den Rahmen sprengen.

Jeder Landkreis/kreisfreie Stadt hat jetzt einen Ansprechpartner. Für Oder-Spree sind das natürlich Alex, Heidi und ich. Alex kümmert sich zusätzlich um die Lausitz und ich um Dahme-Spreewald.

Vorbereitung auf die Wahlen

Nachdem wir uns auf der Klausur auf die Kriterien für die Leitung des Wahlbüros geeinigt hatten, war es Aufgabe des geschäftsführenden Vorstands diese mit Personen zu besetzen. Hier konnten als Wahlkampfleiter Stefan Wollenberg (Landesgeschäftsführer), als sein Stellvertreter Ronny Kretschmer (Landesschatzmeister), für die Strategie Thomas Falkner (Referent des Vorstandes der Landtagsfraktion DIE LINKE) und für den Kontakt zur Landtagsfraktion Thomas Domes (MdL, Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Landtag) gewonnen werden. Weiterhin wird dem Wahlstab der oder die Spitzenkandidat/in ange-

hören und natürlich auch unsere Landesvorsitzenden Diana Golze und Anja Mayer. Das Landeswahlbüro wird aus dem Wahlstab und einem Vertreter oder einer Vertreterin des Jugendverbands und den Kreiswahlkampfleiter*innen gebildet. Die Beratungen finden immer parteiöffentlich statt.

Der Landesparteitag hat den Landesvorstand beauftragt, einen Vorschlag für die Landesliste zu erarbeiten, welcher inhaltlichen, regionalen und altersmäßigen Anforderungen entsprechen soll. Dazu hatten wir uns zunächst auf eine Zahl „N“ zu einigen, in der bereits die Spitzenkandidatur und eine Vertretung des Jugendverbandes berücksichtigt ist. Nach einiger Diskussion und Abwägung verschiedener Aspekte, haben wir uns auf die Zahl 10 festgelegt. Der Vorschlag der Listenplätze soll sich an den inhaltlichen Schwerpunkten unseres Wahlprogramms orientieren. In diesem Kontext wurden ebenfalls die Kriterien für die Kandidaturen beschlossen.

Verschärfung Polizeigesetz

Ein weiteres heißes Thema beschäftigte uns an diesem Abend. Es ist euch sicherlich nicht entgangen, dass unser Innenminister Schröter nach bayrischem Vorbild auch in Brandenburg das Polizeigesetz verschärfen möchte. Hier können wir ganz klar sagen, dass das mit uns nicht zu machen ist! Die Gefahren, die hier von Schröter heraufbeschworen werden, bestehen aktuell in Brandenburg nicht und wir sehen deshalb eine Anpassung als verfassungsrechtlich nicht umsetzbar. Natürlich wird es dazu Gespräche mit den beteiligten Ministerien geben müssen (Ministerium des Innern und für Kommunales Brandenburg und Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz), in der beide Seiten ihre jeweiligen Sichtweisen und Standpunkte erörtern, aber von Seiten unserer Partei sind die Signale und Statements sehr deutlich. Die Landtagsfraktion steht hier in engem Kontakt mit dem Landesvorstand und wird uns in die Diskussion zum Polizeigesetz einbeziehen.



Auch in Zukunft, „neues deutschland“ bleibt!

Gedruckt oder digital – das „nd“ braucht neue Leser

Der Medienwandel schreitet unaufhaltsam voran. Gehörte sie vor einigen Jahren noch zur täglichen Pflichtlektüre, ist es heute nicht mehr die Regel zur Tageszeitung zu greifen. In Zeiten von Internet, Facebook, Twitter und Co. ist es für die gedruckten Medien eine Herausforderung weiter zu bestehen. Für kleine und konzernunabhängige Tageszeitungen ist es gar eine Existenzkrise.

Die allgemeine Krise der gedruckten Zeitungen und die Tatsache, dass unsere langjährigen Leserinnen und Leser immer älter werden, machen uns wirtschaftlich sehr zu schaffen. Die Zahl derer, die aus rein biologischen Gründen das »nd« nicht mehr lesen können, ist höher als die Zugewinne. Wir hatten mit Stichtag 1. Mai 23 833 bezahlte Abos, das waren 6,2 Prozent weniger als im Mai vergangenen Jahres. Das ist umso schwerer zu verkraften, wenn man sich die Abo-Struktur ansieht: 17 220 sind Abos der gedruckten oder digitalen Ausgabe zum vollen Preis bzw. Soli-Preis, der Rest sind befristete Kurzabos, Abos zum ermäßigten Preis für Schüler, Studierende und Auszubildende sowie Teil-Abos, wie die der 4 233 Bezieher unserer Wochenendausgabe.

„neues deutschland“ wird zunehmend digital gelesen, die Zugriffs-



Eine Mitarbeitervertretung warb auf dem Leipziger Parteitag für nd-Abos

Foto: Jakob Huber

zahlen steigen, doch die Bereitschaft für den Inhalt in die Tasche zu greifen und ein digitales Abonnement abzuschließen, ist bisher eher gering ausgeprägt. Dennoch, erfreulich ist der stetige leichte Anstieg bei den bezahlten digitalen Abos. Hier haben wir einen Zuwachs von 9,5 Prozent gegenüber dem Vorjahres-Mai auf nunmehr 2 392 zu verzeichnen. Auch wenn die daraus erwachsenden Erlöse deutlich geringer ausfallen als bei den Abos der gedruckten Ausgabe.

Wir sind überzeugt, in Zeiten eines zunehmenden Rechtsrucks in Deutschland brauchen wir mehr denn je ein „neues deutschland“. Eine sozialistische Tageszeitung, die Zusammenhänge aufdeckt, kritischen Journalismus bietet und meinungsstark Position bezieht. Wenn Sie auch dieser Meinung sind, unterstützen Sie uns! Empfehlen Sie Freund*innen und Bekannt*innen die Zeitung, lesen Sie selbst das „nd“ – egal ob gedruckt oder digital.

von
David König,
Marketingleitung,
Tageszeitung „neues
deutschland“

Näher dran an linken Lösungen

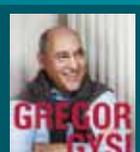
Was Karl Marx und andere linke Vordenker*innen hier und heute an Relevanz haben, loten wir täglich mit kritischer Sympathie neu aus. Lesen Sie mit!

Das »nd«-
Mini-Abo
2 Monate für
49 Euro

Am besten
gleich heute
bestellen:
☎ (030) 29 78 18 00
www.dasND.de/disput

inklusive
»nd«-App

plus
Buchprämie



neues deutschland
SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

nd

Termine der LINKEN Oder-Spree

- 3. Juli, 18 Uhr, Mühlenstraße 15, Fürstenwalde (Kreisgeschäftsstelle),
Sitzung des Kreisvorstandes
- 1. September, Kreisgebiet Oder-Spree,
Aktionen der LINKEN Oder-Spree zum Weltfriedenstag
- 6. September, 18 Uhr, Mühlenstraße 15, Fürstenwalde (Kreisgeschäftsstelle),
Sitzung des Kreisvorstandes
- 8. September, Bertholplatz 6, Beeskow (Spreepark),
Zukunftsdialog – die LINKE Aktivenkonferenz:
LINKE Politik von DIR, mit DIR und für DICH! Daher wollen wir mit DIR unser Wahlprogramm für die Landtagswahl 2019 erarbeiten. DU bist herzlich zu unserem Zukunftsdialog eingeladen!
www.dielinke-brandenburg.de/politik/zukunftsdialog/

Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag im Juli 2018



9.7. Inge Heinrich	Fürstenwalde	88 J.
16.7. Waltraud Hochmuth	Woltersdorf	83 J.
17.7. Prof. Dr. Hans-Dieter Radtke	Bad Saarow	93 J.
18.7. Frank Bernhardt	Erkner	60 J.
18.7. Werner Thieme	Grünheide, OT Mönchwinkel	81 J.
18.7. Gottfried Walther	Erkner	82 J.
19.7. Werner Lins	Erkner	90 J.
22.7. Marie Bühring	Erkner	84 J.
27.7. Ruth Brämick	Eisenhüttenstadt	89 J.
28.7. Caroline Bautzer	Fürstenwalde	20 J.
28.7. Dr. Werner Ohl	Fürstenwalde	91 J.
31.7. Werner Mende	Eisenhüttenstadt	82 J.
31.7. Willy Zeige	Beeskow	82 J.

DIE LINKE Oder-Spree

■ Kreisgeschäftsstelle
Mühlenstraße 15 • 15517 Fürstenwalde
Telefon (0 33 61) 3 30 69 • Fax (0 33 61) 34 26 24
E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de
geöffnet: Mo. 10–12 u. 13–16 Uhr, Di. 10–12 u. 13–16 Uhr
Do. 10–12 Uhr, u. nach telefonischer Vereinbarung
Kasse: Do. 10–12 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Beeskow
Bahnhofstraße 29 • 15848 Beeskow
Telefon: (0 33 66) 2 02 02
E-Mail: kontakt@linke-beeskow.de
geöffnet: Di. 10–12 Uhr, Do. 14–16 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Eisenhüttenstadt
Lindenallee 30 (Rotes Café) • 15890 Eisenhüttenstadt
Telefon: (0 33 64) 4 42 51
E-Mail: dielinke-ehst@t-online.de
geöffnet: Mo. und Do. 15–18 Uhr

www.dielinke-oder-spree.de



Fiesta de Solidaridad

Am 28. Juli 2018 feiern wir mit den Vertreter*innen von Solidaritätsgruppen, mit vielen Kubafreund*innen aus der ganzen Bundesrepublik und mit Gästen aus Kuba und dem europäischen Ausland unsere traditionelle „Fiesta de Solidaridad“ in Berlin.

Auch in diesem Jahr wird die Fiesta größer, bunter und vielfältiger! Auf zwei Bühnen erwarten Euch Musik, Vorträge, Ausstellungen und Diskussionen. An über 60 Ständen locken karibische Cocktails, leckeres Essen, Infos und interessante Gespräche.

Wir begrüßen Gäste aus Kuba, die über unsere Solidaritätsprojekte und die aktuellen Entwicklungen auf der Insel berichten werden.

Die kleinen Fiesta-Besucher*innen können sich auf ein wunderbares Kinderfest freuen, und bei unserer Solidaritätstombola könnt Ihr einen Flug nach Kuba gewinnen.

Der Eintritt ist frei! Wir bitten Euch jedoch einen Spendenbutton zu kaufen, damit die Fiesta finanziert werden kann.

Wie immer können wir die eine oder andere helfenden Hände mehr gebrauchen! Wer von Euch also Lust hat beim Auf- oder Abbau, beim Cocktail-Mixen, beim Bierverkauf oder beim Verkauf der Lose zu helfen, der meldet sich bitte unter berlin@cuba-si.org!

Kommt zur Fiesta nach Berlin! Erzählt, teilt, simst, twittert es weiter und bringt Freunde und Familie mit!

28. Juli 2018, 14–22 Uhr, Stadtpark Lichtenberg (Parkaue), 10367 Berlin, Nähe S+U Frankfurter Allee

Cuba si

Alles öffentlich im Kreistag LOS

DIE LINKE-Fraktion im Kreistag Oder-Spree
Öffentl. Fraktionssitzung: 7.7., genauen Zeitpunkt und Ort bitte in der Fraktionsgeschäftsstelle erfragen
Fraktionsgeschäftsstelle: Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde
Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24

Sitzungen im Juli 2018

Im Juli finden keine planmäßigen Sitzungen des Kreistages Oder-Spree statt.

IMPRESSUM:

Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH“ im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree, Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24, E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de
Redaktion: Peter Hochmuth (V.i.S.d.P.), Tel. (0 33 62) 59 96, Fax 88 87 68, E-Mail: p-w-hochmuth@t-online.de; Jürgen Strauß, Tel./Fax (0 33 62) 5 747 0 03, E-Mail: Elvira_strauss@web.de
Erscheinung: monatlich (11 x jährlich), Redaktionsschluss: 20. Tag des Vormonats; Auflage: 2.500
Satz: Heinz Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: Schneider.Satz@t-online.de
Druck: Buch- und Offsetdruckerei Häuser KG, Venloer Straße 1271, 50829 Köln
„WIDERSPRUCH“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 €, im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle Leser werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH“ auf das Konto IBAN: DE22170550503410533965, BIC: WELADEDILOS bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der Partei DIE LINKE Kreisverband Oder-Spree oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Mühlenstr. 15, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

DOKUMENTIERT

Änderungs-/Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Beschlussvorlage 29/2018

(2. Satzung zur Änderung der Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Schülerbeförderung vom 22.4.2009)

Redebeitrag des Abgeordneten Dr. Bernd Stiller in der Kreistagssitzung am 20. Juni 2018 zum Beschlussantrag 29/2018 der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree

Sehr geehrter Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Gäste,

... wir sollten uns für die Drucksache 029/2018 „Betreff: 2. Satzung zur Änderung der Satzung des Landkreises ... über die Schülerbeförderung vom 22.4.2009“ doch ein paar Minuten Zeit nehmen.

1. Auch DIE LINKE hier im Kreistag anerkennt, dass es einige vorsichtige Verbesserungen mit dieser Satzungsänderung geben kann, insbesondere markant ist das offensichtlich für Schülerinnen und Schüler der Begabtenklassen der Klassenstufe 5 und 6.
2. Dass jetzt auch die Ersatzschulen berücksichtigt werden, liegt weniger am politischen Willen hier in Oder-Spree, sondern am § 112 des Brandenburgischen Schulgesetzes. So steht es in der Sachdarstellung.
3. Überhaupt ist vieles nur eine redaktionelle Anpassung. Fast die Hälfte des Textes befasst sich mit dem Wechsel des Begriffs „Amt für Bildung, Kultur und Sport“ in „Schulverwaltungsamt“.
4. Ja, und somit passiert an den wirklich wichtigen Stellen der Satzung, wo Schülerverkehr in Oder-Spree kindgerechter, familiengerechter werden könnte, kaum etwas. Entgegen der Sachdarstellung begann die Diskussion über notwendige Verbesserungen

der Schülerbeförderungssatzung mit einem Antrag der LINKEN noch vor dem erwähnten Kreistagsbeschluss vom 6.12.2017.

Unser Antrag lenkte die Aufmerksamkeit auch auf die Ferienzeit. Ist es wirklich vernünftig, schulische Begleitveranstaltungen in den Ferien und am Nachmittag auszublenden? Die Fahrt zur Ganztagschule ist Schule, die Fahrt vom Hort aber privat?

In diesem hier nur angedeuteten Problemfeld sehen wir unverändert Klärungsbedarf.

5. Wie ein roter Faden zog sich durch die Diskussion ab September 2017 die Frage der Kosten. Zwischenzeitlich wurde von der Verwaltung sogar die Frage der Gerechtigkeit eingebracht, Zitat aus der Niederschrift des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport am 5.9.2017: „Wenn die Schülerbeförderung im Rahmen dieses Antrages nur auf bestimmte Schülergruppen und Schulformen beschränkt wird, besteht die Möglichkeit gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz zu verstoßen“.
6. Wir reden über ein Thema, das uns Kreistagsabgeordnete kaum betrifft, auch in der LINKEN gibt es kaum oder gar nicht Abgeordnete mit schulpflichtigen Kindern. Da brauchen wir – allein schon deshalb – Kontakt zu betroffenen Eltern und den Schülerinnen und Schülern. Möglichst in vielen Regionen und Schulformen. Und das hat der Gesetzgeber ja

durchaus im Blick:

§ 137 (3) des Gesetzes über die Schulen im Land Brandenburg (Brandenburgisches Schulgesetz – BbgSchulG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. August 2002 zuletzt geändert durch Artikel 30 des Gesetzes vom 8. Mai 2018 legt fest: „Der Kreisschulbeirat ist in folgenden Angelegenheiten zu hören: ... Grundsätze der Schülerbeförderung“.

Und ich bin der festen Überzeugung: Eine Änderung der Schülerbeförderungssatzung betrifft Grundsätze der Schülerbeförderung und der Kreisschulbeirat ist hier also einzubeziehen.

Er kann sich aber nur äußern, auch für die beteiligten Gruppen der Schüler und Eltern, wenn alle rechtzeitig über die Absichten oder auch „Nichtabsichten“ informiert werden.

Ich behaupte, das hat diesmal erneut nicht geklappt. Die Gremien tagen ja nicht alle 3 Wochen. Da muss die Verwaltung – bei Schulbauten oder Schulentwicklungsplänen gilt das so ähnlich – mit deutlich mehr Vorlauf planen und die Themen wirklich rechtzeitig (!) in die Mitwirkungs-gremien geben.

Betroffenen Eltern haben ja manchmal auch ganz andere Sichten auf die Dinge, vielleicht ist es in manchen Familien sogar sehr günstig, wenn die Erstklässler schon um viertel nach 6 aus dem Haus sind, weil die Eltern auch los müssen. Uns haben aber mehr die Bedenken erreicht. Wenn der Bus um 6.25 Uhr losfährt und die Schule um 7.35 beginnt (8 Grundschüler aus Dahmsdorf zur Grund- und Oberschule Bad Saarow als Beispiel), dann ist das für 7- oder 8-Jährige vielleicht doch etwas früh und unsere Satzung nicht streng genug (die reine Fahrtzeit ist hier mit 39 min noch innerhalb der Vorgabe). Dann muss die Vorgabe geändert werden!

In diesem Sinne, um wirklich substantielle Verbesserungen im Schülerverkehr zu erreichen, haben wir zwei Änderungsanträge formuliert und bitten um Ihre Zustimmung. Unabhängig vom heutigen Ergebnis müssen wir an diesem Thema dranbleiben. Nicht immer gibt es ideale Lösungen im ländlichen Raum. Das ist uns klar. Und Aufwand und Kosten sollen natürlich nicht völlig ausgeblendet werden. Aber Kostenüberlegungen an den Anfang stellen, das geht nicht, es geht um den Schulweg der Jüngsten in Oder-Spree und damit um Lebensqualität in Oder-Spree. Das sollte uns bewusst bleiben.

Zucker-Kasten



Rote Reporter auf Motivsuche

von
Franziska Schneider,
Erkner, Redaktion
„Widerspruch“,
Referentin für
Medienpolitik der
Fraktion DIE LINKE
im Landtag
Brandenburg

Die Teilnehmer des Sponsorenlaufes für den Bernauer „Eltern helfen Eltern e.V.“ staunten nicht schlecht, als sie auf ihre Runden am Steintor starteten. Die Objektive von mehr als zehn Kameras waren auf sie gerichtet. Es waren die Roten Reporter der Landesarbeitsgemeinschaft der Partei DIE LINKE. Beim diesjährigen Pressefest der kleinen Zeitungen war Fotojournalismus der Schwerpunkt. Die Aktiven der regelmäßig von Orts- und Kreisver-

bänden herausgegebenen kleinen Zeitungen wollen bessere Bilder veröffentlichen. Das zu erlernen, half Wolfgang Frotscher, zwölf Jahre Bildredakteur beim „neuen deutschland“. Die sozialistische Tageszeitung war wie die Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí, das „Ständige Forum der europäischen Linken – der Regionen“ und die Rosa-Luxemburg-Stiftung mit einem Stand vertreten. Einige Impressionen sind auf dieser Seite zu sehen.



Klaus Kleinmann und Wolfgang Frotscher bewerten die Ergebnisse des heißen Tages hinter der Kamera. Berit Christophers, die das Pressefest der kleinen Zeitungen organisierte, gelang dieser Schnappschuss.



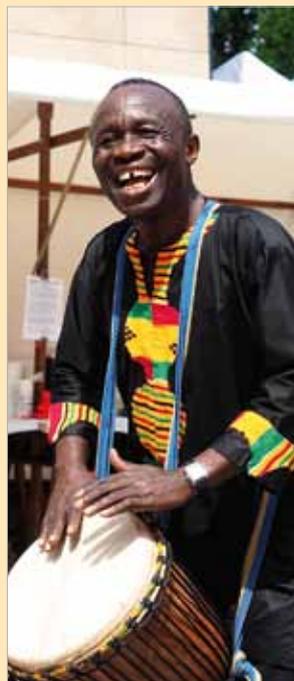
„Tania. Die Ausstellung.“ stellten Prof. Rumps Studenten der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin in der Stadthalle aus. Ein lebendiges Bild von dieser Ausstellung zu bekommen, schaffte Frithjof Newiak nach mehreren Anläufen.



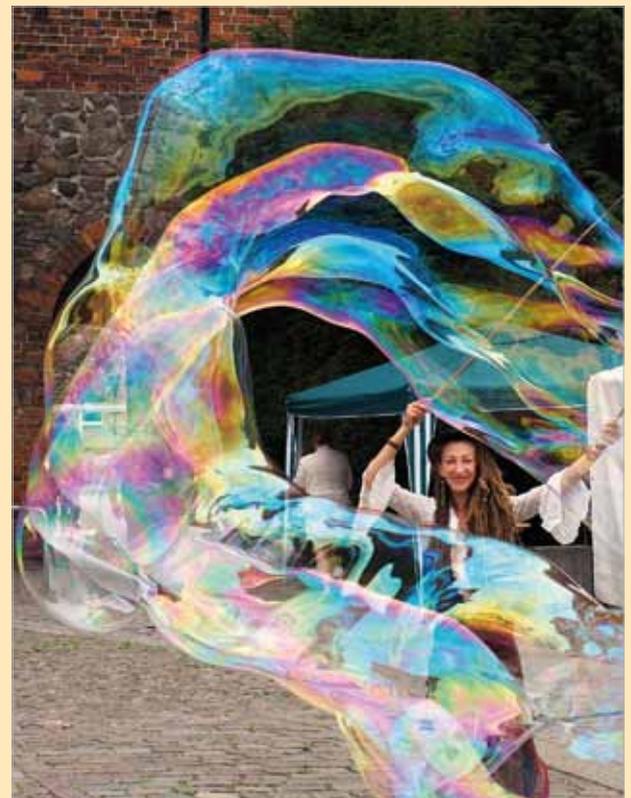
Der Spendenlauf erbrachte über 1200 €. Er bereitete kleinen und großen Läufern viel Freude. Das dynamische Foto mit Unschärfe gelang Frithjof Newiak.



Dagmar Enkelmann begrüßte die Roten Reporter und die Gäste des Pressefestes der kleinen Zeitungen. Wolfgang Frotscher fehlt auf der Bühne, er stand mit der Kamera davor.



Mark Kofi Asamoah trommelte mit den Besuchern des Festes um die Wette. Das scharfe Auge für die strahlende Persönlichkeit des Künstlers hatte wieder Frithjof Newiak.



Magische Momente: Auf die Gelegenheit zu diesem Bild wartete der Rote Reporter Frithjof Newiak länger als drei Minuten.